

November 1986

- Räumung und Abbruch des Heusnerviertels -

Begleitet von einem polizeilichen Großaufgebot wurden am 20. November 1986 die letzten besetzten Häuser im Heusnerviertel geräumt und in den folgenden Tagen abgerissen. Zwar blieben noch vier Mietshäuser stehen, aber nach den vielen Abrissen einzelner Häuser in den vorangegangenen Jahren und den massiven Abrissen vom 12. bis 14. März 1986 war dies der endgültige Schlag, der diese einstig größte Besetzungsstruktur in NRW der 80er Jahre dem Erdboden gleich machte.

Damit endete eine Zeit in der sich seit 1981 dieser Bereich im Bochumer Stadtteil Weitmar auf eine sehr eigenwilligen, „autonomen“ Art entwickelt hatte. Alteingesessene ArbeiterInnen, MigrantInnen und RentnerInnen, die nicht ausziehen konnten oder wollten, finanzschwache StudentInnen und Auszubildende, ArbeiterInnen, SchauspielerInnen, PuppenspielerInnen und MusikerInnen, Rocker, Punks, Autonome und Drop Outs lebten hier in einem hoch diversen Durch- und Miteinander und schafften es, trotz ihrer enormen Unterschiedlichkeit, eine „good neighbourhood“ zu praktizieren. Sie alle einte, dass sie die angemieteten oder besetzten Wohnungen und Häuser nicht für einen als ökologisch desaströsen angesehenen Autobahnzubringer räumen wollten. Lieber wollten sie in den Straßenzügen der Bahnstraße,

der Heusnerstraße, Am Trottenberg und der Pestalozzistraße, den Häusern, Höfen und Gärten ihren selbstgewählten, oft anti-bürgerlichen und alternativen Lebensentwürfen nachgehen. Waren im Jahr 1981 noch zwei Häuser besetzt und über Mietverträge legalisiert worden, so wurden bis 1986 mehr als ein Dutzend Häuser dort teils oder ganz besetzt. Junge StudentInnen blieben nach Kündigung einfach wohnen und zahlten keine Miete mehr. Oder leer gezogener Wohnraum wurde von Zuzügen in Beschlag genommen. Je mehr in diesem Stadtteil ein alternatives Leben aufblühte, um so mehr rückte die Autobahntrasse den Straßenzügen zu Leibe.

Den unterschiedlichen Alternativvorschlägen zur Trassenführung war die Stadt Bochum nicht aufgeschlossen. Diese beharrte auf ihren Abriss- und Bebauungsplänen und war erst 1988 zu stoppen, als das Oberverwaltungsgericht Münster den Bebauungsplan 234 aus den 70er Jahren für die Westtangente für nichtig erklärte. Da existierte das Heusnerviertel aber nicht mehr. Trotz zahlreicher gerichtlicher Ermahnungen hatte die Stadt Bochum in den Jahren zuvor in einer Art „Salamitaktik“ die Gärten und Häuser abreißen und die Trasse bauen lassen. Dabei nutzte sie die bereits geschaffenen Tatsachen immer wieder als Legitimation für neue Bauabschnitte. Die Stadt ging so vor, und das, obwohl seit 1984 eine Klage gegen den Bebauungsplan geführt wurde. Diese hatten drei Viertel-BewohnerInnen eingeleitet.

Viele der Räumungen/Abrisse wurden von illegalen Methoden der Stadtverwaltung begleitet. Obwohl noch Mietverträge vorlagen, wurden Häuser abgerissen. So z. B. im Dezember 1984.

Freitag, 21. November 1986

Bochum

Ende im Heusner-Viertel



SECHS BAGGER BEENDEN die Geschichte des Heusner-Viertels. Bis zum Wochenende sollen die elf Häuser abgerissen sein. waz-Bild: Hartmut Beifuß

Mit dem Einsatz von über 300 Polizeibeamten wurden gestern morgen die letzten elf Häuser im Heusner-Viertel geräumt. Die Stadt hatte gegen die Bewohner Strafanzeige wegen Hausfriedensbruchs gestellt und die Aktion mit der Staatsanwaltschaft abgestimmt. Die 36 festgenommenen junge Leute waren am Nachmittag wieder frei und sahen zu, wie Bagger unter starkem Polizeischutz mit dem Abriß der Häuser begannen. Möbelwagen hatten vorher ihre Habe in Lageräume gebracht. Dem Weiterbau der Westtangente steht jetzt nichts mehr im Wege (Fortsetzung nächste Seite).

WAZ; 04.12.1986



DIE WESTTANGENTE BAHNT SICH IHREN WEG. Die Rollbahn (im Hintergrund die Essener Straße) hat nur mittelristig vor dem jetzt abgebrochenen Heusnerviertel eine Pause einlegen müssen. waz-Bild: Hartmut Beifuß

Randbemerkung

Tangente

(Ke.) Betroffen hat es viele gemacht, daß die Heusner-Häuser abgerissen wurden. Doch die Aufregung darüber läßt die Tatsache in den Hintergrund treten, daß schon vor etlichen Jahren die gewählten Vertreter der Bochumer Bürgerschaft beschlossen haben, die Westtangente zu bauen als konsequente Fortsetzung des Außenrings. Das war den Heusnerbewohnern bekannt. Daß sie solange und bis zum bitteren Ende ausharrten, kann jetzt nicht der Stadtverwaltung angekreidet werden. Sie hat mehrheitlich gefaßte Beschlüsse ausgeführt – wie in einer Demokratie üblich.

Beim Ende für das Heusner-Viertel machten nur die Bagger Krach

Die Letzten der „Bronx“ gingen ohne Widerstand

Polizeiaktion mit dem Staatsanwalt abgestimmt

Morgens um sieben geriet das Heusner-Viertel in „Unordnung“. Von allen Seiten rückte die Polizei an. Wir waren regelrecht umzingelt“, schimpfte einer der letzten Bewohner. 300 Polizeibeamte regelten das Viertel ab und stürmten die elf zum Abbruch bestimmten Häuser. Ohne Widerstand ließen sich die Bewohner auf die Straße führen. 36 Junge Leute wurden dann gemeinsam zur Polizeiwache Mattenscheid gebracht. Dort wurde „der Tatbestand des Hausfriedensbruchs bezogen auf die einzelnen Personen aufgeklärt.“ Am Nachmittag waren alle wieder frei.



Unter den 36 Festgenommenen waren auch zwei 13- und 15jährige Mädchen, die seit dem letzten Freitag von den Eltern vermißt gemeldet waren. Die Raummungaktion der letzten elf Häuser des Heusner-Viertels wurde am Montag und

Rauschgift-Suchbunde durch die geräumten Häuser allerdings erfolglos.

sind Zivilklagen der Stadt auf Raummung Früherte Nutzungsrechte und auch Raummungshilfen für die letzten Bewohner waren abgelaufen. Die Stadt batente erstern nochmals, daß

Während sich die letzte Mieterin der Heusnerstraße 9 um eine Einstweilige Verfügung gegen den Abriss am Bochumer Gericht bemühte, räumte die Polizei die Sitzblockaden der AnwohnerInnen und das Haus wurde zur Hälfte abgerissen. Ähnliches passierte beim Abriss in der Pestalozzistraße und der alten Schule im März 1986, sowie bei der Bahnstraße 4 im Mai 1986. Auf das Hab und Gut der BesetzerInnen wurde ebenso wenig Rücksicht genommen, wie auf deren Körperlichen Unversehrtheit. Rechtssicherheiten für BewohnerInnen des Heusner Viertels wurden von Stadtverwaltung und Polizei anscheinend generell aufgehoben. Zahlreiche Geschichten belegen dies. Dieser anti-demokratische Umgang schaffte bei den BesetzerInnen, wie MieterInnen, eine große Verbitterung und Renitenz. Und obwohl im November 1986 der Kampf um das Heusner Viertel sichtbar verloren war, mochten hier immer noch mehrere Dutzend BesetzerInnen. Befragt nach ihren Beweggründen, warum sie bis zu Schluss aushielt, antwortete Jutta Wallerich, die bis zuletzt im Heusner Viertel wohnte: „Trotz, das war Trotz. Ich habe mich irgendwann richtig angepisst gefühlt, weil dieses über Rechte hinweggehen ... Und dann diese Arroganz der Stadt....Dann war auch das Gefühl bei mir, das Richtige zu tun. Das es richtig ist, sich zu wehren. Das war eine große Motivation bei mir.“

Bericht und Hintergrund



Die letzten elf Häuser im Bochumer Heusner-Viertel sind nach jahrelangen Auseinandersetzungen gestern geräumt und abgerissen worden. waz-Bild: Hartmut Balluh

Heusner-Viertel endgültig geräumt Auch die letzten besetzten Häuser weichen Stadtautobahn

Von HEINZ POTTHOFF waz BOCHUM 300 Polizeibeamte, acht Möbelwagen und sechs Bagger besiedelten gestern die Geschichte des Bochumer Heusner-Viertels, die auf die Anfänge des „Hauserkampfes“ in der Bundesrepublik zurückgeht. Mit der Räumung und dem Abriss von elf Häusern wird der Weg für den Ausbau der West-Tangente frei, die den City-Viertel entlasten soll. Das Projekt war von zeitweilig bis zu 300 jungen Bewohnern des Viertels jahrelang verhindert worden.

Dabei hatte alles mit gutem Willen der Stadtväter begonnen: Weil Ende der siebziger Jahre billiger Wohnraum für Studenten in Bochum knapp war, konnten in die von der Stadt erworbenen Häuser an der Heusnerstraße 140 Studenten einziehen. Sie hatten befristete Mietverträge. Als die Auszugstermine nahten, formierte sich Widerstand: Hier sei ein funktionierendes Stadtviertel mit eigener Kultur entstanden, das man nicht dem gigantischen Straßenbau opfern dürfe. Während sich die Juristen stritten, gelang der Stadt immer wieder das Freiwerden einzelner Häuser, die dann sofort unter Polizeischutz abgerissen wurden. Bei der jüngsten und letzten Räumungsaktion am Donnerstag wurden früh morgens 36 junge Leute aus den Betten geholt. Die Stadt hatte die Polizeiaktion im Einvernehmen mit der Staatsanwaltschaft veranlaßt. Weil frühere Nutzungsrechte und Raummungsschutzfristen der Bewohner abgelaufen sind, waren von der Stadt Strafanträge wegen Hausfriedensbruchs gestellt worden. Die letzten Heusner-Leute ließen sich auch ohne Widerstand festnehmen. Nachmittags waren zwar alle wieder frei, viele von ihnen aber obdachlos.

In den Jahren 1985/86 haben, neben zahlreichen MieterInnen, ca. 150 BesetzerInnen in den Häusern gewohnt. Über die Jahre hinweg mögen es einige hundert BesetzerInnen gewesen sein. Dazu kamen ihre FreundInnen und Bekannten, die BesucherInnen ihrer Feste und SympathisantInnen auf ihren Demonstrationen. Das dürften einige tausend Menschen gewesen sein. Das Heusner Viertel war eine sozio-kulturelle Enklave und zog viele Menschen an, die sich den immer aggressiveren Verwertungslogiken der 80er Jahre entziehen wollten und eine andere Form des Zusammenlebens wünschten. Die Großraum-Besetzung und die unterschiedlichsten Schattierungen ihrer subkulturellen AkteurInnen stellten für Bochum und die Region die Verlängerung der Hausbesetzerszene der Anfang 80er Jahre dar. Bundesweit hatte die Hausbesetzerszene 1981/82 ihren Höhepunkt. Danach erfolgte ihr Niedergang. Selbst die einstige Hochburg Berlin wies Mitte der 80er Jahre kein besetztes Haus mehr auf, als es in Bochum ein ganzes besetztes Viertel gab. So setzte das Heusner Viertel die Hausbesetzerszene bis Ende 1986 fort und wurde zu einem Refugium dessen, was man die Autonome Szene nannte.

Dabei war diese wohl nur der sichtbarste, politische Ausdruck des Viertels. Für die zahlreich kulturellen Initiativen, KünstlerInnen, Bands und Theatergruppen, für die Szene der Punks und Rocker, für die prekär Lebenden und das Subproletariat stellte das Viertel ebenfalls einen ganz besonderen (Über-)Lebensraum mit vielen Qualitäten dar. Dies endete im November 1986.

Soweit zum Jahrestag.

(Heiko Koch)



Folgender Text entstammt meiner Mastertesis von 2017 über das Heusnerviertel:

Die Polizei als Besetzungsmacht

Am 20. November wurden die letzten 11 besetzten Häuser im Heusnerviertel geräumt und abgerissen. Dazu zählten die Heusnerstraße 10, 12, 13, 14, und 16, der Trottenberg 6, 9 und 11 und die Pestalozzistraße 28, 30 und 32. Rund 300 Polizisten besetzten ab 7:00 Uhr morgens das Viertel. Die WAZ titelte am nächsten Tag: Die Letzten der „Bronx“ gingen ohne Widerstand“ (WAZ, 21.11.1986)

36 BewohnerInnen wurden festgenommen, erkennungsdienstlich behandelt und wegen Hausfriedensbruch angezeigt. Die Habe der Menschen wurde in Lagerräume gebracht und die Häuser nachts unter Flutscheinwerfern abgerissen. „Mit der Räumung und dem Abriss von elf Häusern wird der Weg für den Ausbau der Westtangente frei, die den City-Verkehr entlasten soll. Das Projekt war von zeitweilig bis zu 300 jungen Bewohnern des Viertels jahrelang verhindert worden.“ (WAZ 21.11.1986)

Die Lokalzeitung verkündete: „In der Tat bestätigte die Polizei, dass viele Wohnungen eher ungeordneten Mülldeponien glichen.“ und „Beamte führten Sprengstoff- und Rauschgift-Suchhunde durch die geräumten Häuser – allerdings erfolglos.“ (WAZ 21.11.1986) Die RuhrNachrichten verkündeten: „In den bewohnten Räumen wurde umfangreiches Schriftmaterial, aus dem sich Verbindungen zu den revolutionären Zellen ergeben, sichergestellt. Die „eigene Vorbereitung eine Sprengstoff-Verbrechens“ soll ebenso aus Unterlagen hervorgehen wie die Kontakte zu einer terroristischen Vereinigung. Entwendete Ausweispapiere und Autokennzeichen niederländischer Herkunft fanden sich ebenfalls unter den sichergestellten Beweisstücken, die Ermittlungsverfahren nach sich ziehen können. Dazu fand die Polizei auch Untensilien aus der Drogenszene.“ (Q.: RN 21.11.1986)

taz, 21.11.1986

Bochumer Heusner-Viertel abgerissen

36 Besetzer wurden vorübergehend festgenommen / 300 Polizisten riegelten das Viertel ab / Bagger begannen mit dem Abriss der Häuser / Autonome besetzten SPD-Zentrale in Düsseldorf / Die Polizei rechnet mit abendlichen Demonstrationen in der Innenstadt

Aus Bochum Petra Bornhöft
Lange geplant, doch letztendlich überraschend begann gestern vormittag in Bochum der Abriss von elf teilweise noch bewohnten und besetzten Häusern. 36 Personen wurden vorübergehend fest-

genommen. Nach Angaben der Polizei sollte die Abbruch-Aktion in dem weiträumig abgeriegelten Heusner-Viertel bis heute morgen beendet werden. Aus Protest gegen die Räumung besetzten Autonome am gestrigen Nachmittag die SPD-Zentrale in Düsseldorf.

Bereits im Mai 1984 sollten die Häuser fallen, um einem Auf-fahrtkreuz für die seit zwanzig Jahren geplante Westtangente zu weichen. Besetzung der städtischen Häuser, Prozesse, einstweilige Verfügungen und politische Aktionen zögerten die Straßen-

bauarbeiten immer wieder hinaus. Gleichwohl konnte nicht verhindert werden, daß Zug um Zug verschiedene Häuser dem Erdboden gleichgemacht wurden. Zuletzt kamen die Bauarbeiten zum Stillstand weil unter der geplanten Trasse Bergschäden ihre Spuren

hinterlassen hatten. Da dieses Problem technisch nicht gelöst ist, überraschte der gestern begonnene Abriss viele Bewohner. Ab heute stehen nur noch einige Privathäuser. Ein Anlaß für die Räumung wurde nicht genannt.
Fortsetzung auf Seite 2

Wie bei den vorhergehenden Räumungen beklagten die BewohnerInnen, dass ihre Wohnungen nicht vollständig ausgeräumt und vieles ihrer Habe unter den Trümmern begraben worden sei. (WAZ, 21.11.1986) Als wohnungslose BewohnerInnen bei FreundInnen, die in Wohnungen der stadt-eigenen VBW wohnten, unterkommen wollten wurde dies von der Polizei unterbunden. So bei Jutta Wallerich, der damaligen Geschäftsführerin der Bochumer Grünen, und in der Wasserstraße. „Unklar war der Umzug von Heusner-Leuten in ein Haus an der Wasserstraße. Als der von der Stadt gestellte Laster abgeladen werden sollte, erschien Polizei mit Knüppeln und verhinderte die „Besetzung eines städtischen Hauses“, obwohl Mietverträge vorgewiesen wurden.“ (WAZ, 21.11.1986) Einigen BewohnerInnen war es möglich eine Nacht in den Büroräumen der Grünen zu übernachten.

Als Reaktion auf die Räumung besetzten Autonome in Düsseldorf die SPD-Zentrale (taz, 21.11.1986) und in Aachen „waren in der Nacht zum Freitag aus „Rache für Bochum“ sechs Scheiben zu Bruch gegangen.“ (WAZ 21.11.1986)

Heusnerleute: Einzug woanders zweimal gescheitert: WAZ: 24.11.1986

Nach „Katz-und-Maus-Spiel“ Nachtquartier im grünen Büro

(R.H.) Eine kleine Abordnung der baggerverdrängten Bewohner des Heusner Viertels besuchte uns in der Redaktion, um die Geschichte seit dem Abriss der Häuser aus der Sicht der Betroffenen zu schildern. Die „neuen Obdachlosen“ haben sichtlich Schwierigkeiten, mit ihrer bescheidenen Habe unterzukommen. Das Büro der Grünen hat in den ersten Nächten ausgeholfen, damit die knapp 40 Heusnerleute wenigstens ein Dach über dem Kopf bekamen.

Wie Jutta Wallerich, Geschäftsführerin der Bochumer Grünen einseits und Sprecherin der Heusnerleute andererseits schildern, habe man ein regelrechtes „Katz-und-Maus-Spiel“ hinter sich, was Versuche betrifft, in neue Wohnungen zu ziehen. Die Wohnung an der Wasserstraße, von drei Leuten angemietet, ist eine städtische. Die Anweisung der Stadtverwaltung an

die Polizei, dort den Einzug weiterer Heusnerleute zu stoppen, macht deutlich, warum hier überhaupt – wie berichtet – Polizei das Haus an der Wasserstraße abgeriegelt hatte. Jutta Wallerich weiter: Als sie anschließend mit ihrer eigenen Wohnung, die keine städtische sei, habe aushelfen wollen, sei sie gleichzeitig dabei von Polizei mit dem Hinweis gehindert worden, auch ihre Wohnung

sei eine städtische. So hätten die Obdachlosen Nachtquartier im grünen Büro bekommen.

Den Vorwurf, fast die Hälfte der Habe sei den Abbruchbaggern zum Opfer gefallen, präsentierte einer der Ex-Bewohner so vor allem Küchengeräte, Geschirre und Bekleidung seien nicht – wie von der Stadt geschildert – verwahrt worden.



UNRUHIGE TAGE verbringen rund 300 Polizeibeamte, die seit Donnerstagmorgen in Bochum Dienst verrichten, viele von ihnen wurden aus anderen Städten hierher beordert.
waz-Bild: Eberhard Kickartz

Finale Demonstration am 22.11.1986

Im Vorfeld der Demonstration gegen den Abriss der letzten 11 besetzten Häuser verteilte die Polizei in der Bochumer Innenstadt Flugblätter und stimmte via Lokalpresse die Öffentlichkeit ein. Sie sprach von geplanten Racheaktionen und gewalttätigen Ausschreitungen und forderte dazu auf: „Die Bochumer Bürger werden um Verständnis für Verkehrsbehinderungen gebeten. Sie sollen sich von gewalttätigen „Demonstranten“, die in Wirklichkeit keine echten Demonstranten sind nicht mitreißen lassen.“ (WAZ, 22.11.1986) Die RuhrNachrichten schrieb: „Die Polizei wies gestern darauf hin, eine Demonstration im Sinne des Gesetzes sei nicht angemeldet worden, wie dies nach dem Versammlungsgesetz vorgeschrieben ist. Es bestehe Grund zu der Besorgnis, dass eine gesetzwidrige „Demo“ gewalttätiger Art geplant sei.“

Am Samstag den 22.11.1986 wurden anreisende DemonstrantInnen durchsucht und im Verlaufe des Tages verhinderten mehrere Hundertschaften der Polizei die Demonstration. Anwesende Rechtsanwälte sprachen von einem Kessel. Einem Demonstranten wurde im Verlauf der versuchten Demonstration der Arm gebrochen und mehrere Festnahmen getätigt. Darunter der Rechtsanwalt Czapracki. „Der Anwalt vertritt eine Reihe der Bewohner des Heusnerviertels, hat die planungsrechtliche Seite des Straßenausbaus der Westtangente gerichtlich überprüfen lassen und im Auftrag einer Ratsabgeordneten der Grünen Strafanzeigen gegen Polizeibeamte wegen gefährlicher Körperverletzung im Amt in die Wege geleitet. Die Festnahme des Rechtsanwaltes erfolgte angeblich, weil er eine nicht angemeldete Demonstration leitete.“ (RN, 22.11.1986) Jutta Wallerich äußerte gegenüber den Ruhr Nachrichten, dass das absurd sei. „Sie meint, dass die Polizei sich für ihre Maßnahmen mit allen Mitteln einen „rechtsfreien Raum“ schaffen wollte.“ (RN, 22.11.1986)

Die WAZ schrieb am folgenden Montag: „Statt der angekündigten Demonstration gab es eine Abfolge von Einzelaktionen, die nach Darstellung der Polizei zu etlichen Ausschreitungen führten. Drei Hundertschaften der Polizei riegelten die Bochumer Fußgängerzone ab, kreisten die Demonstranten ein und griffen Randalierer heraus. Nach anfänglichen Reibereien eskalierte die Konfrontation zum Schlagabtausch.“ (WAZ, 24.11.1986)

Tom erzählte dazu: „Es gab zu der Zeit ja die Demonstrationen zum Heusnerviertel, die kollektiv im Kessel die Alleestraße runter ins Ghetto getrieben wurden. Das war sehr deprimierend. Und es gab da eine Demonstration, wo bewusst das Ziel war, dass das nicht passiert. Das gelang auch. Dabei wurde aber auch einem Dortmunder von den Bullen der Arm gebrochen, der in der ersten Reihe stand. Da war es klares Ziel, diese Bullentaktik des Abschiebens aus der City zu brechen. Das ist uns auch gelungen. Es gab also auch Auseinandersetzungen in der Stadt. Ich glaub das war dann die erste freie Heusner-Demonstration seit zwei Jahren. Also mit den wenigen Mitteln die einem zur Verfügung standen, versuchte man auf die Angriffe der Stadt und der Bullen zu antworten.“

Nach Polizeiangaben „sind Zwillen, Präzisionsschleudern, Benzinflaschen und Gasspraydosen sichergestellt worden.“ und „Andere ließen es nicht dabei bewenden, sondern zogen randalierend durch die Geschäftszone und ließen die Fensterscheiben verschiedener Banken zu Bruch gehen.“ (WAZ, 24.11.1986) In der Frankfurter

WAZ; 24.11.1986



DER „BOCHUMER KESSEL“: am Samstag wurden die jungen Leute, die an verschiedenen Stellen der Innenstadt wegen des Abbruchs des Heusner-Viertels Gruppchen bildeten, von der Polizei umzingelt. Eine Demonstration war nicht angemeldet. waz-Bild: Eberhard Kickartz

Einzelne Gewaltaktionen in der Bochumer City:

Nach der „Heusner-Demo“ klirrten viele Scheiben

Unter den acht Festgenommenen auch ein Anwalt

(SW) „Deutsche Bullen üben fleißig für ein neues 33“, hörte man auf der Kortumstraße. Ein Spruch, der sich im Verlauf des Samstags mehr zum Schlachtruf als zum öffentlichen Bekunden einer Meinung mauserte. „Zusammen bleiben, die Reihen dicht machen“, gaben die Uniformierten dem Kommando des Einsatzleiters weiter. 300 Polizisten wurden in die Fußgängerzone befohlen, um der Demonstration aus Anlaß des Abrisses des Heusner-Viertels entgegenzutreten. Eine Gelegenheit, bei der man schon im vorhinigen Gewalt befürchtete. So kam es auch.

Überall in der City waren Einsatzwagen der Polizei positioniert, um den Innenstadtbereich gleichmäßig abzuschottern. Schon in der Nacht zum Samstag hatten Uniformierte einzelne Autos auf dem Weg in die Stadtmitten angehalten und nach potentiellen „Schlägertrupps“ Ausschau gehalten.

Als dann am Samstag gegen 11.20 Uhr die große Gruppe der verstreuten Demonstranten von einer ganzen Polizeistation am Husemannplatz eingekesselt wurde, da wurden Schimpfworte von Aktionen abgelöst. Die jungen Leute versuchten, an einer Seite den Kessel zu durchbrechen, und so mancher neugierige Passant, der wegen der spektakulären Menge seinen Kaufausgang unterbrochen hatte, ergriff plötzlich die Flucht. Da gab es wilde

Rangelagen, Fausthiebe und Tritte. Die große Schauenscheibe von C & A bette gewaltig, als sich ein pringelnde Gruppe dagegen fallen ließ.

Mehrere Demonstranten griff die Polizei aus der Menge und schleppte sie zu den Einsatzwagen: Vorübergehend festgenommen.

Leuchtrakete

Unter den Festgenommenen später auch der Bochumer Anwalt, Wolfgang Czapracki. Mehrere Demonstranten wurden in die Fußgängerzone befohlen, um der Demonstration entgegenzutreten. Eine Gelegenheit, bei der man schon im vorhinigen Gewalt befürchtete. So kam es auch.

Wie die Polizei berichtet, sei am Nachmittag ein Beamter mit einem Motorrad von einem Demonstranten erschossen worden, ein anderer sei zur

Zielscheibe für eine abgefeuerten Leuchtrakete geworden. Keiner von beiden wurde verletzt.

Verletzt wurde nach Angaben von Demonstranten aber ein junger Mann, der mit einem gebrochenen Oberarm ins Krankenhaus gebracht worden sei. Die Polizei meldet drei leichtverletzte Beamte. Einzelne „Demo-Teams“ begnügten sich am Nachmittag nach Polizeidarstellung nicht mit lautstarken Tönen wie „zack, zack, Bullenpackt“, sondern warfen die Fensterscheiben der K&A, der K&M und eines Nahmaschinenladens ein...

Die Polizei weiter: Unter den sichergestellten Gegenständen der Demonstranten fanden sich neben Reizgas, Patronen und einer Zwillie auch vier Kanister und einige Flaschen mit Öl und Benzin.

Samstag, 22. November 1986

Polizei mahnt:

Demo nach dem Abriss

Nach verteilten Flugblättern erwartet die Polizei am heutigen Samstag ab 11 Uhr am Husemannplatz eine nicht angemeldete Demonstration zum Abriss des Heusner-Viertels. Die Bochumer Bürger werden um Verständnis für Verkehrsbehinderungen gebeten. Sie sollen sich von gewalttätigen „Demonstranten“, die in Wirklichkeit keine echten Demonstranten sind, nicht mitreißen lassen.“ Die Polizei werde einer „Racheaktion für das Heusner-Viertel“ mit Nachdruck entgegenzutreten und gewalttätige Ausschreitungen verhindern (Bericht zum Heusner-Viertel nach dem Abriss auf der 3. Lokalseite).

Nach Häuser-Abriß Randalie in Bochum

Elf ehemals besetzte Häuser im Bochumer Heusner-Viertel waren geräumt und abgerissen worden, weil dort eine Ringstraße gebaut wird. 36 junge Leute verloren ihre Bleibe. Statt der angekündigte Demonstration gab es eine Abfolge von Einzelaktionen, die nach Darstellung der Polizei zu etlichen Ausschreitungen führten. Drei Hundertschaften der Polizei riegelten die Bochumer Fußgängerzone ab, kreisten die Demonstranten ein und griffen Randalierer heraus. Nach anfänglichen Raibereiten eskalierte die Konfrontation zum Schlagabtausch. Nach Polizeidarstellung wurde einer der Beamten von

Von STEFAN WILLEKE **was BOCHUM**
 „Was hier abläuft, ist eine rechtswidrige Aktion.“ Münte es am Samstag vormittag aus dem Lautsprecher einer Bochumer Polizeistreife: 250 junge Leute hatten sich in der Innenstadt versammelt, um in einer auf Flugblättern angekündigten, aber nicht genehmigten Demonstration ihren Unmut über den Abriß des Heusner-Viertels kundzutun.

einer Lauchtrakte am Schutzhelm getroffen (ohne jedoch verletzt zu werden), ein zweiter von einer Schleuder. Acht Demonstranten, darunter ein Bochumer Anwalt, wurden vorübergehend festgenommen. Es seien Zwillen, Präzisionschleudern, Benzinflaschen und Gasspraydosen sichergestellt worden. Die Demonstranten kamen nicht nur aus Bo-

chum, sondern waren von Dortmund, Düsseldorf, Wuppertal und Witten angereist. Anwälte der Demonstranten sprachen von einem „neuen Polizeikessel“. Einem Demonstranten sei bei der Festnahme der Arm gebrochen worden. Als sich in Bochum nach ein- einhalb Stunden die Gruppen zerstreuten, nutzten hier und da Demonstranten die Gele-

Rundschau, der FAZ und dem überregionalen Teil Ruhr Nachrichten kam es am 24.11.1986 auf Grund von dpa-Meldungen zu einer Berichterstattung, die mehrere Demonstrationen im Bundesgebiet zusammenbrachten. Sie interpretierten die diversen Ereignisse in Bochum, nicht nur in Abweichung zur lokalen Berichterstattung, sondern auch im zeitlichen Ablauf sehr frei. In den Ruhr Nachrichten hieß es „Bochumer Randalierer mit Benzin und Beil unterwegs“. In der FAZ: „Schwere Krawalle in Bochum und Göttingen“ und der FR: „Krawalle in mehreren Städten“.

Die Polizei hatte vor der Demonstration verlautbaren lassen: „Sie werde gewalttätige Ausschreitungen verhindern, sich allerdings besonnen verhalten und nicht provozieren lassen.“ (RN 22.11.1986) Über die Besonnenheit der Polizei sprachen diverse Leserbriefe in der Lokalpresse so:

„Alle Beamten, die Bereitschaft aus Unna ausgenommen, kontrollierten und durchsuchten – in Kampfanzug und mit weißem Schutzhelm – völlig wahl- und sinnlos Passanten wie Demonstranten, machten ohne mit der Wimper zu zucken vom Schlagstock Gebrauch.“ (WAZ 28.11.1986, Andre Senkel aus Gelsenkirchen)

„Auch sollte nicht verschwiegen werden, dass unbeteiligte Passanten aufgefordert wurden, sich auszuweisen, und sie abgeführt und geschlagen wurden – was ich selber gesehen habe – wenn sie dieser Aufforderung nicht sofort nachkamen. Die Ankündigung des Polizeipräsidenten am Samstag, dass die Beamten zu besonnenem Verhalten angehalten sind, erscheint lächerlich, wenn man gesehen hat, dass drei Jugendliche von ca. 20 Polizisten durch die Kortumstraße gehetzt wurden und Passanten von Polizisten als „A...geigen“ und „A...löcher“ titulierte wurden. Wollte man wegen dieser Beleidigung den Namen des Polizisten, wurde man durch den Präsenz von mehreren Polizisten eingeschüchtert und schließlich abgedrängt.“ (WAZ, 26.11.1986, Andy Siebrecht aus Bochum)

„Erlauben Sie bitte, diesen Bericht zu ergänzen: Die Schaufensterscheiben von „C&A“ erbehten, weil Demonstranten von der Polizei dagegen gedrängt wurden. Und weil der „Bochumer Kessel“ nur in Richtung eben dieser Scheiben verlassen werden konnte. Demo-Teilnehmer wurden von Polizisten grundlos geprügelt, ein am Boden liegender Demonstrant auch getreten. Manche Menschen wurden absichtlich mehrfach kontrolliert, aus „Spaß“ von einer Sperre zur nächsten geschickt. Das Grünen-Büro wurde für einige Zeit von Polizei umstellt. Menschen wurden von Zivilpolizisten auf Schritt und Tritt verfolgt. Und schließlich kamen auch „harmlose“ Bürger in den Genuss ausgiebiger Polizeikontrollen, für die sie nun leider gar kein Verständnis aufbringen mochten.“ (WAZ, 02.12.1986, Dorothea Schmalor aus Brilon)

Leserecho

Demo

„Als nicht unmittelbar Betroffener, aber trotzdem interessierter Mitbürger, finde ich, daß zusätzlich zu den o.g. Artikel noch folgendes veröffentlicht werden sollte. Die Rufe mit dem Hinweis auf 1933 sind mir, obwohl ich mich über zwei Stunden im Innenstadtbereich aufgehalten habe, nicht zu Ohren gekommen. Richtiggestellt werden sollte auch, daß die Schaufensterscheibe von „C&A“ nicht wegen prügelnder Gruppen erbeht, sondern daß einige Demonstranten von 40–50 Polizisten an diese Schaufensterscheibe gedrängt wurden und diese deswegen so erbeht.“

Auch sollte nicht verschwiegen werden, daß unbeteiligte Passanten aufgefordert wurden, sich auszuweisen, und sie abgeführt und geschlagen wurden – was ich selber gesehen habe – wenn sie dieser Aufforderung nicht sofort nachkamen.

Die Ankündigung des Polizeipräsidenten am Samstag, daß die Beamten zu besonne-

WAZ; 26.11.1986

nem Verhalten angehalten sind, erscheint lächerlich, wenn man gesehen hat, daß drei Jugendliche von ca. 20 Polizisten durch die Kortumstraße gehetzt wurden und Passanten von Polizisten als „A...geigen“ und „A...lö-

Wahllos kontrolliert

Zu: „Nach Häuser-Abriß Randalie in Bochum (WAZ v. 24. 11.):

Eher durch Zufall geriet ich in die Demonstration gegen den Abriß des Bochumer Heusner-Viertels. Jahrelang hatten die elf Häuser vornehmlich Studenten durch symbolische Mieten von einer DM und auf 140 Stunden befristete Mietverträge eine Unterkunft geboten.

Am 20. November wurde das Heusner-Viertel von 400 Beamten abgeriegelt, die Bewohner aus den Häusern getrieben und die restlichen Gebäude dem Erdboden gleichgemacht – frühmorgens. Am Demonstrationssamstag

hatten bereits 800 Beamte die Bochumer Innenstadt bis zum streckenweisen Erliegen des Verkehrs abgeriegelt. Alle Beamten, die Bereitschaft aus Unna ausgenommen, kontrollierten und durchsuchten – in Kampfanzug und mit weißem Schutzhelm – völlig wahl- und sinnlos Passanten wie Demonstranten, machten ohne mit der Wimper zu zucken vom Schlagstock Gebrauch.

Selbst einkaufende Passanten, die sich, über das Vorgehen der Polizei empört, nach den Personalien der Beamten erkundigen wollten, wurden festgenommen, als sie sich weigerten, vorher die eigenen anzugeben.

Arnd Senkel, Gelsenkirchen

chern“ titulierte wurden. Wollte man wegen dieser Beleidigung den Namen des Polizisten, wurde man durch den Präsenz von mehreren Polizisten eingeschüchtert und schließlich abgedrängt. Hinweise auf 1933 und Polizeistaat erwecken in

mir immer ein ungutes Gefühl; allerdings kann man sich bei dem Verhalten der Polizei am Samstag einer solchen Assoziation nur schwer erwehren.“

Andy Siebrecht
 Gußstahlstr. 34
 4630 Bochum

WAZ; 27.11.1986

Leserecho

Befremden

„Mit einigem Befremden habe ich ihren Artikel über die Heusner-Demo am 22. 11. 1986 in der Bochumer Innenstadt gelesen. Ich selbst bin bei der Festnahme des Anwalts zugegen gewesen und möchte darauf hinweisen, daß ich zum Zeitpunkt der Festnahme keine Demonstranten in der Umgebung ausmachen konnte. Desweiteren hatte Herr Czapracki-Monhaupt mir in einem Gespräch unmittelbar vor der Festnahme erklärt, daß er feststellen wolle, ob sich eventuell in einem der dort abgestellten Polizeifahrzeuge einer seiner Mandanten befände.“

Friedrich Fels,
 Oskar-Hoffmann-Straße 161,
 Bochum

Im Falle der Festnahme des Rechtsanwalts Czapracki verfassten 55 Rechtsanwälte einen Brief an den Innenminister Schnoor. Sie protestierten gegen seine Verhaftung und erkennungsdienstliche Behandlung, bei der er sich zum Zweck der körperlicher Durchsuchung vollständig entkleiden musste. Als „Störer“ war er bis zum späten Nachmittag in Gewahrsam gehalten worden. (WAZ, 01.12.1986) Zudem war gegen ihn ein Verfahren wegen „Rädelsführerschaft“ eingeleitet worden.

55 Anwälte protestieren bei Schnoor nach der Festnahme ihres Kollegen

55 Unterschriften von Anwälten trägt ein Brief an Innenminister Schnoor, in dem gegen die vorübergehende Festnahme von Rechtsanwalt Wolfgang Czapracki-Mohnhaupt bei den Vorgängen nach Abriß von Resten des Heusnerviertels protestiert wird. Von den aufgeführten Anwälten sind 15 aus Bochum, die anderen aus Dortmund, Essen, Düsseldorf, Duisburg, Wuppertal, Bonn, Krefeld und Münster. Verfasser des Briefes ist der Düsseldorfer Anwalt Wolfgang Diesing. In dem Brief hieß es u. a. Wolfgang Czapracki-Mohnhaupt sei als vermeintlicher Leiter einer nicht angemeldeten Demonstration festgenommen und erkennungsdienstlich behandelt worden, er habe sich zum Zwecke der körperlichen Durchsuchung vollständig entkleiden müssen, und er sei bis zum späten Nachmittag als Störer in Gewahrsam gehalten worden. Er sei auch dem Polizeipräsidenten als engagierter Vertreter der Bewohner des Heusnerviertels bekannt und habe sich nach vorheriger Ankündigung, zu erwartende Protestaktionen rigoros zu unterbinden, in die Innenstadt begeben, um sich von den eventuell stattfindenden Ereignissen ein persönliches Bild machen zu können.

Prozeß um Heusner-Demo: WAZ; 14.04.1987

Order oder eine Bitte

Weitere Ermittlungsfälle – Freispruch

(GD) Der größte Teil des Heusnerviertels ist längst geräumt und abgerissen. Die Folgen der Demonstration, die unangemeldet am 22. November 1986 um den Abriß stattfand, beschäftigen aber jetzt das Bochumer Landgericht und die Staatsanwaltschaft. In etwa einem Dutzend Fällen wurden Ermittlungen gegen Demonstranten eingeleitet.

Auch der 23jährige Bochumer Jens B. erhielt einen Bußgeldbescheid, weil er sich trotz Aufforderung nicht von der Demonstration entfernt habe. Wie sich bei der gestrigen Verhandlung vor dem Bochumer Amtsgericht herausstellte, fehlten allerdings die sachlichen Voraussetzungen für die Geldbuße. Wie sein Verteidiger ausführte, hat es überhaupt keine Auflösungsverfügung für die Demonstration gegeben. Der Sachverhalt für die Bestrafung hätte also garnicht bestanden.

Nach Aussage von zwei Polizisten seien die Demonstranten aufgefordert worden, sich

zu entfernen. Die Niederschrift der Aufforderung, vom Einsatzleiter verfaßt, spricht aber – so der Verteidiger – eine andere Sprache. Dort sei eine Bitte „weiterzugehen“ an die Passanten ergangen. So hatte es auch Jens B. verstanden. Mit vielen anderen ist Jens B. dann vorläufig festgenommen worden. Das gestrige Verfahren endete für ihn mit einem Freispruch. Wie im Umfeld des Prozeß bekannt wurde, ist das Verfahren gegen den Bochumer Rechtsanwalt Czapracki-Mohnhaupt wegen angeblicher Rädelsführerei bei der Demonstration eingestellt worden.

Im April 1987 wurde bekannt, dass das Verfahren gegen ihn eingestellt worden war. In dem gleichen WAZ-Artikel wurde auch bekannt, dass es zu diversen Prozessen anlässlich der Demonstration kam. Die Unrechtmäßigkeit diverser Festnahmen wurden belegt und Einstellung gegen Bußgeldbescheide oder Freisprüche ergingen. Grund: Es gab keine Auflösungsverfügung für die Demonstration, lediglich die Bitte des Einsatzleiters „weiterzugehen“. (WAZ, 14.04.1987)

In einigen Städten kam es zu Solidaritätsaktionen: „In Castrop-Rauxel wurde am Samstag das SPD-Büro von 35 Sympathisanten der „Neuen Bochumer Obdachlosen“ besetzt. Ihre Forderung: Den Bochumern Wohnraum anbieten.“ (WAZ 24.11.1986) Das Flugblatt „Noch habt ihr die Macht, aber uns gehört die Nacht“ zählte als Solidaritätsaktionen die beiden Besetzungen bei der SPD in Castrop-Rauxel und Düsseldorf auf und verwies auf eine Kundgebung in Freiburg und Verteilaktionen von Flugblättern in mehreren Städten.

In der folgenden Nacht kam es zu Sachbeschädigungen in Bochum.

„Nachts sind von Unbekannten die Scheiben der Sparkasse an der Bochumer Straße in Wattenscheid, an der Polizeiwache in Linden, an der Hattinger Straße bei der „Deutschen Bank“, bei der Post und der Sparkasse in der Markstraße zertrümmert worden“ (Q.: RN 22.11.1986) In einem Bekennerschreiben wurde zudem behauptet, dass am 20.11.1986 in Dortmund zwanzig Scheiben in Dortmund-Hörde, am 22.11. vier Scheiben bei der CC-Bank, am 23.11.1986 weitere fünf Scheiben bei zwei Banken in Dortmund-Marten, zwei Scheiben bei der Polizeiwache Lünen-Brambauer, sowie Buttersäure hinterher, die Fassade der Kripo an der Rheinischen Straße und die Fassade des SPD-Ortsvereins in Lütgendortmund besprüht worden sei.

Diese nächtlichen Revanche-Aktionen von SympathisantInnen des Heusnerviertels erhielten angesichts der Ereignisse einen rein symbolischen Charakter.

Verwirrung im Heusnerviertel: WAZ; 27.11.1986

„Ein Haus zuviel abgerissen“

Zwei Mieter stehen fassungslos vor einer Ruine – „Auch Gebiß weg“

(R.H.) „Wir haben jetzt schon so lange dort gelebt, zehn Jahre sind es jetzt wohl,“ schildert die 60jährige Erika Möller mit leiser Stimme. „Angst habe ich auch gehabt. Dann der Lärm, den die Bagger machen. Und jetzt habe ich fast alles verloren.“ Erika Möller ist eine einfache Frau. Bis vor wenigen Tagen bewohnte sie die städtische Wohnung Am Trottenberg 6a. Das Haus, obgleich es nicht auf dem aktuellen Abrißplan in Sachen Heusnerviertel stand, wurde gleichfalls ein Opfer der Bagger. Erika Möller und ihr Freund Alfred Hock stehen fassungslos vor der Ruine. (Siehe auch Bericht auf der Seite „Aus dem Westen“).

Daß auch ihr Haus dem den beiden Mietern klar. Mit schäfsamant hatte man deshalb nachst abgerissen wurde, war dem städtischen Liegen- ausgehandelt, daß die beiden



TRÜMMERLANDSCHAFT HEUSNERVIERTEL. Die Mieter Erika Möller und Alfred Hock trauten ihren Augen nicht, als sie in ihre Wohnung zurückkehrten. waz-Bild: W.K.Müller

Leute eine Wohnung an Castroper Straße 251 beziehen konnten. Dort müsse Alfred Hock aber noch renovieren. Hock dazu: „Diese Renovierung war noch nicht abgeschlossen, wir wurden durch den Abriß völlig überrascht. Die Erika hat sogar ihr Gebiß dabei verloren. Abgesehen von Kleidung und Haushaltsgeräten. Ein Bett haben wir retten können, das andere liegt unter den Trümmern.“

Erst vor kurzem habe man Kohlen eingelagert. Alfred Hock: „Die sind jetzt weg.“ Dabei braucht man die Feuerung dringend, denn auch die Wohnung an der Castroper Straße 251 hat Kohleheizung. Wer aus- helfen will, kann sich direkt an die beiden Betroffenen wenden. Dies gilt auch für Kleidung und Haushaltsgeräte, denn: „Wir hungern zwar noch nicht, aber wir sitzen hier in einer leeren, kalten Wohnung und frieren.“

Wie Alfred Hock, der ebenso wie Erika Möller nur ein sehr kleines Einkommen (Rente) hat, schildert, war sein Gang zum Sozialamt umsonst. Die Stadt habe sich geweigert, ihm in dieser Notlage mit einer finanziellen Überbrückung zu helfen.

Neue Besetzungen und ein Intendant mit Stehvermögen

Sechs Tage nach der Räumung, am 26.11.1986, besetzten rund 30 ehemalige BewohnerInnen des Heusnerviertels das Doppelhaus am Ostring 19/21. Daraufhin stürmten 50 Polizisten das Haus, nahmen die 31 BesetzerInnen fest und behandelten sie auf der Uhland-Wache erkennungsdienstlich. (RN, 27.11.1986 und WAZ, 27.11.1986)

W BO 1 Nummer 276 Donnerstag, 27. November 1986

Bochum



Eine Stunde lang besetzt war gestern mittag eine Wohnung im Haus Ost und 26 Jahren hatten zunächst das benachbarte Haus Ostring 21 betreten, wechselliefen jedoch wenige Minuten später in das Nachbargebäude 19, wo sie eine leerstehende städtische Wohnung in der ersten Etage in Besitz nahmen und die Tür mit zwei langen Nägeln verschlossen. Die Polizei setzte 50 Beamte ein, nachdem die Stadt – so die Polizei – Strafantrag gestellt hatte. Die Stadt erklärte am Nachmittag, sie habe keine Strafanzeige gestellt. Mit einer Axt schlug ein Hausmeister im Auftrag der Polizei die Türverglasung der Eingangstür auf, damit die Beamten das Treppenhaus betreten könnten. Anschließend brachen die Polizisten die Haustür der Wohnung auf und nahmen die Hausbesetzer

fest. Es gab keine Gegenwehr. Während dieser Polizeiktion appellierte der Einsatzleiter an seine Kollegen: „Denkt daran, das sind Leute, die nur eine Wohnung suchen.“ Nach der Festnahme wurden die Hausbesetzer, die zum Teil den obdachlos gewordenen Heusnerviertel-Bewohnern angehören, ins Polizeipräsidium gebracht und dort erkennungsdienstlich behandelt. „Und kieckerweise wieder freigelassen“, wie einer ihrer Sprecher schiderte. Man habe Nutzungsverträge für diese städtische Wohnung, die schon länger leerstehe, erreichen wollen. Wie eine Hausbewohnerin der Redaktion schilderte, stehen in beiden Häusern insgesamt sechs städtische Wohnungen leer. Die Stadt habe den Mietern gegenüber erklärt, Fiege habe das Doppelhaus gekauft. Fiege habe dies jedoch dementiert. (R.H.)



Hausbesetzer im Alter von 16 bis 26 Jahren wurden gestern vom Ostring 21 zum Polizeipräsidium gebracht. Die vorläufige Festnahme erfolgte mittags zur Feststellung der Personalien. Bei der Konfrontation mit 50 Beamten der Polizei gab es auf beiden Seiten keine Verletzten. (RN-Bilder: Jara)

31 Hausbesetzer ließen sich am Ostring 19/21 nieder

„Ich kann nicht in mein Haus rein“, beklagte sich telefonisch gestern gegen 13 Uhr ein türkischer Bewohner des Hauses Ostring 19 bei der Polizei vom Schutzbereich Bochum-Mitte. Das Haus, von zwei Familien bewohnt, war gerade besetzt worden. Eine Funkstreifenwagen-Besatzung entdeckte die Hausbesetzung um 13:07 Uhr und rief Verstärkung an. Rund 30 junge Mädchen und Männer, zum großen Teil aus dem Heusnerviertel, hatten eine Schrifflanze angebracht, die den Passanten verkündete: „Dieses Haus ist besetzt.“ Die

Polizei rückte um 13:50 Uhr mit 50 Beamten an und forderte die Hausbesetzer durch Lautsprecher auf, das Gebäude zu verlassen. Inzwischen waren die Besetzer durch Hinterlüren vom Ostring 19 zum Ostring 21 „umgezogen“, einem von drei Familien bewohnten Mietshaus in städtischem Besitz. Die Hausbesetzer, so warnte Polizei per Lautsprecher, müßten mit Anzeigen wegen Hausfriedensbruchs rechnen. Der Hinweis blieb ohne sichtbaren Erfolg. Die Haustür am Ostring 21 blieb von innen verschlossen, bis die Polizei sie aufbrach.

Lange Nägel hatten die Tür vernagelt, stellten die Ordnungshüter fest. Die Hausbesetzer, genau 31 junge Frauen und Männer, wurden zum Polizeipräsidium gebracht, nachdem sie bei der vorläufigen Festnahme die „Internationale“ angestimmt hatten. Die Anzeigen gegen die Hausbesetzer im Alter von 16 bis 26 Jahren lauten übereinstimmend auf Hausfriedensbruch. Alle 31 wurden nach der Personalienfeststellung entlassen. Die Hausbesetzer waren zu ihrer Aktion teilweise „vermummt“ gekommen.

Vor der Premiere: Protest von Hausbesetzern

WAZ; 28.11.1986

Am Rande der Nacht

„Quai West“ von Bernard-Marie Koltès in Bochum erstaufgeführt

Selten wohl sind Wirklichkeit und Kunst so unmittelbar aufeinandergeprallt wie am Mittwochabend im Bochumer Schauspielhaus. Vor der westdeutschen Premiere von Bernard-Marie Koltès' Stück „Quai West“, deren Beginn sich wegen einer Reparatur am Beleuchtungsstellwerk verzögerte, protestierten etwa 30 junge Leute mit Erlaubnis des Hausherrn Frank-Patrick Steckel im Zuschauerraum dagegen, daß ihnen die Stadt keinen angemessenen Wohnraum zur Verfügung stelle, seit sie durch die Abrißmaßnahmen im Bochumer Heusner-Viertel obdachlos geworden seien. Sie forderten das Publikum – eine Spendenbüchse ging durch die Reihen – zur Solidarität auf und verlangten vom anwesenden Oberstadtdirektor Herbert Jahofer eine Stellungnahme, die dieser nach Meinung der Hausbesetzer mit dem Hinweis auf die rechtlich unanfechtbare Position der Stadt nur unzureichend gewährte.

Ironisch-realistische Pointe | den Selbstmordkandidaten ge- | Heiner Müller, des Französi-

Ersatzwohnraum. Dabei lieferten sich im Aufführungssaal die Ex-BesetzerInnen und Herbert Jahofer einen verbalen Schlagabtausch. Im Anschluss verließ der Oberstadtdirektor verärgert das Schauspielhaus.

Am gleichen Abend erschienen die BesetzerInnen im Bochumer Schauspielhaus und verlangten dort Rederecht, um ihre Situation zu schildern und ihre Forderungen darzustellen. Der Intendant Frank-Patrick Steckel erlaubte dies, obwohl der anwesende Oberstadtdirektor Herbert Jahofer als sein Dienstherr das verbot. So postierten sich die BesetzerInnen vor dem Theaterstück „Quai West“ auf der Bühne, protestierten gegen die Räumung und verlangen

WAZ; 04.12.1986

Bochum

Abmahnung für Steckel

Einige Tage dauerte es, doch gestern war es dann amtlich: Oberstadtdirektor Herbert Jahofer schickte Intendant Frank-Patrick Steckel eine förmliche Abmahnung in die Theaterburg an der Königsallee. Damit reagierte der Verwaltungschef – wie schon vorauszusahen war – mit Konsequenz auf den Eklat vor Beginn der Premiere von „Quai West“ (die war berichtet). Oberstadtdirektor Jahofer sieht in Steckels Verhalten eine klare Vertragsverletzung. Der Intendant hatte gegen Jahofers Anweisung Hausbesetzer ins Theater gelassen. Wie zu erfahren ist, kann nach einer zweiten Abmahnung – sollte sie irgendwann notwendig sein – auch eine Kündigung in Erwägung gezogen werden. Doch nach Bekunden des städtischen Pressesprechers Gutzmer liegt der Stadt nachhaltig daran, das Klima zwischen Rathaus und Schauspielhaus wieder zu verbessern.

In den darauf folgenden Tagen ging es hoch her in den städtischen Gremien und den Kulturspalten lokaler und bundesweiter Zeitungen. „SPD-Chef Hossiep: das sind Leute, die anprangernd auf die Bühne bringen, wie Menschen behandelt werden, aber selber schlimmer sind als frühkapitalistische Herrschaften; solche Leute brauchen wir in Bochum nicht. Noch nie habe sich am Theater ein Intendant über Anweisungen des Oberstadtdirektors hinweg gesetzt.“ (RN, 28.11.1986) Der Kommentar von Oberstadtdirektor Herbert Jahofer: „Es geht nicht an, das Schauspielhaus zu einem Forum für Rechtsbrecher werden zu lassen.“ Außerdem weigerte er sich dagegen, dass der Zuschauerraum des Theaters „zu einem politischen Versammlungssaal mit Zwangshörerschaft“ verkommt.“ (WAZ, 29.11.1986)

Während sich lokal kaum eine Stimme gegen die erbosten Stadtväter erhob, kam es bundesweit zu Solidarisierungen mit Steckel. „Aber wenn je im Verhalten einer Obrigkeit dem Theater gegenüber in demokratischen Zeiten die Berücksichtigung der Angemessenheit der Mittel gut zu Gesicht gestanden hat,

Leserecho Philister

Als Augenzeuge des Vorfalls am Mittwochabend im Schauspielhaus bin ich auf der Seite derer, deren Rechte ich abstrichtsvoll geschmäht und schamlos geschmäht sehe, deren unbecommene Kritik unseren Bildungshilfsmitteln Mittwochabend vornehmhalten oder erspart werden sollte. Das Problem ist m. E. nicht ein engagierter Intendant, noch nicht einmal ein diskussionsunfähiger Oberstadtdirektor, sondern wir haben es mit einer seit Jahrzehnten in der Geschwichtigung, in der Verdrängung, in der Verspieglerung geübten Öffentlichkeit zu tun, die, in einem Wort, nur die Demokratie als Alibi will für den nicht stattfindenden Austrag gesellschaftlicher Probleme. Diese intolerante Mehrheit hat es nicht gelernt, mit Minderheiten zu leben die etwas wollen. Diese angeblich „normalen Bürger“ sind im Begriff, den Philisterstaat weiter auszubauen. Lassen wir sie aber wissen, daß wir die Minderheit – in diesem Fall die Heusner-Truppe – nicht im Stich lassen, ganz gleich, wie radikal sie ist.

Harald Martens
Saladin-Schmitt-Straße 28

dann in diesem Fall. Steckel hat nämlich eine Mustervorstellung politischer Verhaltensweise gegeben: wie man eine Konfliktsituation durch Toleranz vor dem Abdriften in die Gewalttätigkeit bewahrt, indem man ihren Betroffenen die Möglichkeit der rationalen Selbstaussprache gibt. Dass der Bochumer Oberstadtdirektor darauf schlecht reagierte, obrigkeitsstaatliche Gesinnung statt liberaler Gelassenheit demonstriert, war ein Fehler. Dafür nun Steckel büßen zu lassen, wäre ein übles Stück, der Politrache verdächtig.“ (FR, 02.12.1986)

Heinz Hossiep: Solche Leute brauchen wir nicht!

Hauptausschuß diskutiert „Heusner“-Vorfall im Schauspielhaus – Rechtliche Konsequenzen werden erwogen

(M) „Das bringt das Faß zum überlaufen! Solche Leute brauchen wir nicht in unserer Stadt!“ So die Meinung des SPD-Fraktionsvorsitzenden Heinz Hossiep im Hauptausschuß zu der Erklärung von Oberstadtdirektor Herbert Jahofer, der künstlerische Direktor des Schauspielhauses, Frank-Patrick Steckel, habe gegen ausdrückliche Anweisung eine Gruppe „Heusner-Viertel“ in das Theater gelassen und ihr die Gelegenheit gege-

ben, dem Premierpublikum eine „sowohl unsachliche wie auch persönlich verletzende Darstellung der Räumungsaktion“ zu geben. Jahofer's Ankündigung, alle rechtlichen Konsequenzen aus Steckels Verhalten zu ziehen, wurde einhellig von beiden großen Parteien gebilligt.

Steckel habe sich offensichtlich mit der Gruppe solidarisiert und eine Geldsammelaktion im Zuschauerraum unter-

stützt, führte Jahofer aus. Es gehe jedoch nicht an, „den Zuschauerraum zu einem politischen Versammlungsraum mit Zwangszuhörerschaft zu kommen zu lassen“.

Heinz Hossiep (SPD) räumte ein, man müsse beim Theater „auch Leute akzeptieren, die pikaresken“, andererseits sei – so wörtlich – das Verhalten Steckels „eine Säuererei sondergleichen“. Wenn er so weitermache, habe er große Bedenken, daß sein Vertrag zuende gehe.

Sein Fraktionskollege Spannel griff nach: „Wenn ich Dienst-vorgesetzter wäre, würde ich den Vertrag bis zur Klärung aussetzen“.

Dr. Franke, Fraktionsvorsitzender der CDU, stimmte dem Oberstadtdirektor bei der Bewertung des Sachverhalts voll inhaltlich zu: „Das hat mit künstlerischer Freiheit nichts zu tun!“ Lediglich Kurt Mittag („Grüne“) meinte, man solle auch eine Erklärung von Steckel einholen. Kommentierte

Gerd Lalpaki (SPD) bisag: „Ich kann ihnen jetzt schon sagen was dabei herauskommt.“

In die Debatte über den aktuellen „Fall“ mischte sich offensichtlich bereits länger schmerzender, theaterinterner Konfliktstoff. „Das Betriebsklima ist nicht gut“, meinte Kurt Wendt (SPD). „Personenrat und Gewerkschaft überlegen Aktionen, technische Mitarbeiter werden im rüden Ton beschimpft“.

Einige Tage später erhielt Steckel eine Abmahnung von der Stadt Bochum. „Gestern erhielt der neue Intendant des Bochumer Schauspielhauses, Frank-Patrick Steckel, eine förmliche Abmahnung durch den Oberstadtdirektor der Ruhrstadt, Herbert Jahofer. ... Oberstadtdirektor Jahofer sieht in Steckels Verhalten eine klare Vertragsverletzung, da die

Anweisung außerhalb der künstlerischen Verantwortung des Intendanten gelegen habe. ... Eine Abmahnung bekam im übrigen auch Steckel - Vorgänger Claus Peymann, heute Burgtheater-Direktor in Wien. Jener handelte sich seinerzeit die Rüge ein, weil er von der Bühne aus einen Brief hatte verlesen lassen, der sich mit der Besetzung der damaligen und heute abgerissenen Bo-Fabrik auseinandersetzte.“ (WAZ, 04.12.1986)

Am 06.12.1986 erfolgte eine weitere Besetzung in der Dibergerstraße 33. Vier Tage später wurde dieses Haus ebenfalls geräumt. Es stellte den letzten Besetzungsversuch der Heusner-BewohnerInnen dar. Es waren zwar einige ehemalige BewohnerInnen in der Heusnerstraße 17 untergekommen (WAZ, 29.11.1986). Und einige wenige wohnten noch in den Privathäusern der Heusnerstraße 18 bis 22. Aber die meisten Heusner-BewohnerInnen bildeten in der Folgezeit diverse Hausprojekte oder Groß-WGs, die über die Stadt verteilt waren.

Das Heusnerviertel hatte endgültig aufgehört zu existieren.



Geräumt hat die Polizei gestern das Haus Dibergerstraße 33. In einer halbstündigen Aktion, an der 30 Beamte beteiligt waren, wurde der fünfzigtägige Hausbesetzung ein Ende gesetzt. Zwei 22jährige Frauen und ein 24jähriger Mann haben als „Bewohner“ selbst die Tür geöffnet und ließen sich ohne Widerstand abführen, so die Polizei. Der Strafantrag des Hausbesitzers bleibt bestehen. Glaubhaft, so ein Sprecher der Polizei, habe der Hausbesitzer den Beginn der Renovierungsarbeiten im Haus Nr. 33 versichert. waz-Bild: W.K. Müller

Der Infoladen an der Kohlenstraße

Im Juli des Jahres 1987 wurde ein so genannter „Infoladen“ in der Kohlenstraße 7 eröffnet. (Infoladen Info, 1/87) Seit dem April 1987 hatten viele ehemaligen Heusner-BewohnerInnen sich an der Renovierung dieser ehemaligen Tapetenhalle beteiligt und stellten in den folgenden Jahren einen beträchtlichen Teil der BesucherInnen dar. Dieses Projekt basierte auf den Perspektiv-Diskussionen, die schon während der Endphase des Heusnerviertels geführt worden waren, um die sozialen und politischen Strukturen des Viertels zu erhalten. Schon in dieser Zeit wurde ein „Verein zur Förderung kultureller Zusammenarbeit e.V.“ gegründet, der z.B. zu einem Treffen am 28. November 1986 zwecks der Diskussion über das Konzeptpapier zum „Infoladen“ eingeladen hatte. Die informellen Sozialstrukturen der Wohnprojekte und die politischen Gruppen des Infoladens waren das, was von dem Heusnerviertel übrigblieb.

Demokratieverständnis

„Legal – illegal – scheißegal“ (Slime)

Der Slogan „Legal – illegal – scheißegal“ ist der Titel eines Liedes der bekannten Punkband „Slime“ aus Hamburg. Er könnte aber auch das Motto der Stadt Bochum beim Bau der Westtangente gewesen sein.

Vier Jahre nach der Erhebung der Klage gegen den Bebauungsplan 1984 und zwei Jahre nach dem Abriss der letzten besetzten Häuser im Heusnerviertel 1986, erklärte das Oberverwaltungsgericht 1988 den der Westtangente zugrundeliegenden Bebauungsplan aus den 70er Jahren für ungültig. So stand fest, dass „trotz Kenntnis der in Münster anhängigen Klage hat die Stadt in den Jahren 1984 bis 1986 im Heusnerviertel ein gutes Dutzend Häuser mit insgesamt 120 Wohnungen dem Erdboden gleichgemacht – zu Unrecht, wie sich jetzt herausstellte. Denn am 24. August '88 erklärte das OVG den zugrundeliegenden Bebauungsplan für null und nichtig.“ (MM Nr. 38, 1988)

Der Rechtsanwalt Czapracki: „Auf Antrag einer Eigentümerin eines – als Gartenland und gewerblich genutzten - Grundstücks, das noch nicht im Eigentum der Stadt Bochum stand, hatte das OVG Münster am 24.08.1988 -7a NE 37/84 – den Bebauungsplan Nr. 234 (Westtangente) durch Urteil zunächst insgesamt für nichtig erklärt. Der Senat hielt die von der Stadt Bochum gewählte „Salamitaktik“ bei Planung der einzelnen Abschnitte der Westtangente für rechtswidrig. Die Stadt hätte den gesamten Trassenverlauf von Wattenscheider Straße bis einschließlich des Tunnels als ein Teilstück planen müssen.“

Somit waren alle Abrisse rechtswidrig erfolgt. Statt den Rechtsanspruch abzuwarten, hatte die Stadt mit den Abrissen Fakten geschaffen, sich damit für nächste Bauschritte legitimiert und sich über die Rechte ihrer BürgerInnen hinweg gesetzt.

RN; 15.09.1988

Nach „telefonischem Schnellschuß“ des OVG-Münster beriet die Stadt über Konsequenzen

Baustopp 'Westtangente' wird Realität

Der Ältestenausschuß des Rates sah gestern „ganz all“ aus. Er hatte im Schnellverfahren die Konsequenzen einzuleiten, die das Oberverwaltungsgericht Münster im „telefonischen Schnellschuß“ der Stadt abverlangte: der Bebauungsplan Nr. 234 (Westtangente) ist bis zu einer Entscheidung vorläufig außer Vollzug gesetzt. Ein Beschluß, der unanfechtbar ist.

Was in „verständlicher Übersetzung“ bedeutet, daß Bochum ab sofort alle Bauarbeiten an der Westtangente einstellen muß. Ein Spruch, für den Oberbürgermeister Eikelbeck „kein Verständnis“ hat, ein Rechtsstaat darf nicht zu einem Rechtsmittelstaat verkümmern.

Was die Stadtspitze – Fraktionen (außer den Grünen) und Verwaltung – so erzürnt, ist ein OVG-Spruch, der schon in der Form Kritik abtötigt. Oberstadtdirektor Jahofer: gestern morgen gegen 10.15 Uhr wurden wir telefonisch aus Münster von dem Votum informiert. Und der greift „vorab und vorabgehend“ der endgültigen Entscheidung voraus.

Bekanntlich hat das OVG-Münster den Bebauungsplan der Westtangente am 24. August für nichtig erklärt. Nach Rechtsauffassung der Stadt sei als Konsequenz aus dem OVG-Spruch solange kein Baustopp zu vollziehen, solange das Urteil noch nicht zugestellt und (nach möglichem Einlegen von Rechtsmitteln) auch noch nicht rechtskräftig sei.

Die Klägerin gegen die Westtangente schob aber infolge der Untätigkeit der Stadt noch einen Antrag an das OVG auf einstweilige Anordnung nach, um den sofortigen Baustopp durchzusetzen. Über diesen Antrag werden die Münsteraner Richter in den nächsten Tagen entscheiden.

Ungeachtet aber dieses Votums erließen die Richter gestern vorab den unanfechtbaren Beschluß, die Bauarbeiten im Bereich des Bebauungsplans Nr. 234 einzustellen. Der umfaßt den gesamten Bereich zwischen Tunnelende Westmar-Mitte/Kohlenstraße bis zur Wattenscheider Straße.

Der Ältestenrat bekannte sich gestern uneingeschränkt zur Rechtsstaatlichkeit und kam nach Prüfung der juristischen Fakten zu dem einzigen Schluß: Baustopp an der Westtangente.

Rund 100 Arbeiter von den drei dort tätigen Baufirmen werden jetzt zunächst ohne Arbeit sein. Gut die Hälfte eines laufenden Bauauftrags von 24 Millionen Mark kann nicht weiter verbaut werden.

Die Verwaltung hatte zur Sitzung die Konsequenzen des Baustopps in Pläne gezeichnet und an vier Punkten festgemacht, wo noch unbedingte Baustellensicherung notwendig wird.

- Im Kreuzungsbereich Bahnstrecke/Westtangente: hier sind zur Sicherung der Eisenbahnbüschung und der Portale Stützwände herzustellen; was Gespräche mit der Bundesbahn notwendig macht.
- Am Übergang von alter und neuer Kohlenstraße bestehen unterschiedliche Höhen, die Sicherheit der Verkehrssicherheit zu gewährleisten sind.
- Im Erdbereich Heusnerviertel muß eine standssichere Böschung angelegt werden.
- Im Kreuzungsbereich Bahnstrecke/Westtangente laufen Arbeiten der Stadtwerke; hier muß zur Verkehrssicherung der alte Straßenzustand wiederhergestellt werden, was aber erst die Beendigung der Stadtwerkarbeiten (Schweißen, Röntgenkontrolle und Abdrücken) voraussetzt.

Ungeachtet allen Rechtsstreits und aller Rechtsauslegungen – die Ratfraktionen (außer den Grünen) wollen die Westtangente in ein neues Bauplanverfahren bringen und damit auf eine sichere Rechtsgrundlage stellen. Was den Ältestenausschuß bereits den „Fahrplan 234 n“ (gleich neu) aufstellen ließ nach Befassung in den Bezirken neuer Aufstellungs- und Auslegungsbeschluß am 27. Oktober im Rat; öffentliche Auslegung ab 8. November; neuer Satzungsbeschluß am 15. Dezember.

Eine Bauverzögerung mithin, die bis zu einem Jahr dauern kann.



Ein besonders neuralgischer Punkt – der Tunnel unter der Eisenbahnschnellstrecke Essen-Bochum-Dortmund. Das Einstellen der Arbeiten am Weiterbau der Westtangente würde hier die unverzichtbare Sicherung der Eisenbahnbüschungen verlangen, da die Züge mit rund 120 Stundenkilometer vorbeirasen. Das bedeutet zugleich, daß zumindest Sicherungsarbeiten an diesem Teil der Westtangente zunächst fortgesetzt werden müßten. Ein Themenkomplex, über den die Stadt bereits heute klärende Gespräche mit der Deutschen Bundesbahn aufnehmen wird.

RN-Bild: Jara

Die Mieter-Zeitung schrieb weiter: „Wer nun geglaubt hat, die Stadt zeige sich von diesem Urteil beeindruckt oder gar einsichtig, hat sich getäuscht. Der sofortige Baustopp – eigentlich eine zwingende Konsequenz – fand nicht statt. Die Stadt setzte ein weiteres Mal auf den Faktor Zeit. Wohl wissend, dass das OVG erste und letzte Instanz in Planfeststellungsverfahren ist, will sie beim Bundesverwaltungsgericht Berlin Beschwerde gegen das Urteil einlegen. Nicht, dass sie selbst an einen Erfolg dieser Aktion glaubte, wohl aber an den Zeitgewinn. Zeit, in der weiter gebaut werden sollte, mit doppeltem Tempo, von links und rechts an das Grundstück der in Münster siegreichen Klägerin heran, dass der Westtangente als einziges noch im Wege ist. So werden Fakten geschaffen, an denen dann auch bei einer Neuauflage des Bebauungsplanverfahrens niemand vorbeikommt ... Inzwischen hat die Stadt den Wettlauf gegen die Zeit verloren. Im Interesse der Klägerin machte das OVG am 14. September unmissverständlich klar, wie sein Spruch zu verstehen ist: Es setzte den Bebauungsplan vorläufig außer Kraft. Die Folge: Baustopp!“

Der Rechtsanwalt Czapracki: „Um den Ausbau der Westtangente fortsetzen zu können, musste die Stadt Bochum deshalb einen neuen Bebauungsplan aufstellen. Am 27.10.1988 erfolgte hierfür bereits die öffentliche Bekanntmachung des Aufstellungs- und Auslegungsbeschlusses.“

Die Stadt Bochum konnte es also auch nach der Urteilsverkündung am 24. August 1988 nicht lassen, ließ rechtswidrig bauen und musste vom Oberverwaltungsgericht dazu gezwungen werden, die Baumaßnahmen einzustellen. Dann erfolgte recht schnell ein neuer Bebauungsplan. Jetzt natürlich unter den gegebenen Umständen – das Heusnerviertel existierte nicht mehr und ein Großteil der Trasse war gebaut. Wäre der Bebauungsplan fünf Jahre zuvor überdacht und geändert worden, das Brachgelände der stillgelegten Zeche oder von der Firma Krupp zum Bau der Trasse und Auffahrten verwandt worden – das Heusnerviertel mit seinen fast 40 Häusern und rund 250 BewohnerInnen hätte noch Bestand gehabt.



„... wie in einer Demokratie üblich.“ (WAZ)

Soweit zu der Auffassung von Recht und Gesetz der Stadt Bochum. Mangelndes Demokratieverständnis wurde aber den BewohnerInnen des Heusnerviertels vorgeworfen. So kann man den Artikel aus der WAZ vom 4. Dezember 1986 heranziehen, der dort kurz nach dem Abriss der letzten besetzten Häuser erschien: „Betroffen hat es viele gemacht, dass die Heusner-Häuser abgerissen wurden. Doch die Aufregung darüber lässt die Tatsache in den Hintergrund treten, dass schon vor etlichen Jahren die gewählten Vertreter der Bochumer Bürgerschaft beschlossen haben, die Westtangente zu bauen als konsequente Fortsetzung des Außenrings. Das war den Heusnerbewohnern bekannt. Dass sie so lange und bis zum bitteren Ende ausharrten, kann jetzt nicht der Stadtverwaltung angekreidet werden. Sie hat mehrheitlich gefasste Beschlüsse ausgeführt – wie in einer Demokratie üblich.“ (WAZ, 04.12.1986)

Randbemerkung

Tangente

(Ke.) Betroffen hat es viele gemacht, daß die Heusner-Häuser abgerissen wurden. Doch die Aufregung darüber läßt die Tatsache in den Hintergrund treten, daß schon vor etlichen Jahren die gewählten Vertreter der Bochumer Bürgerschaft beschlossen haben, die Westtangente zu bauen – als konsequente Fortsetzung des Außenrings. Das war den Heusnerbewohnern bekannt. Daß sie solange und bis zum bitteren Ende ausharrten, kann jetzt nicht der Stadtverwaltung angekreidet werden. Sie hat mehrheitlich gefasste Beschlüsse ausgeführt – wie in einer Demokratie üblich.

Während den ganzen Jahren war, mit Ausnahme des Einsatzleiter Kröger, keine Stimme der beteiligten Polizeibeamten als Vertreter von Recht und Ordnung in Bochum vernehmbar. So ist es erfreulich, dass doch noch im Dezember 1986, nach dem endgültigen Abriss der Heusnerviertel, die Meinung eines einfachen Polizeibeamten in der Lokalpresse nachzulesen war: „Die Kaputten - Wer „bewohnte“ denn eigentlich dieses Heusnerviertel am Tage der Räumung? Es waren kaputte Mädchen und Jungen ab ca. 13 Jahren aufwärts; krank, verwahrlost und ohne erkennbare Zukunft. Sie hatten in dem Heusnerviertel kein Wohnrecht und keinen ehrlichen Partner, der Hilfe leistete. Dieses kann nicht Aufgabe der Polizei sein. - Die Räumung verursachte bei vielen Polizeibeamten auch Betroffenheit. Die meisten jungen Beamten hatten noch nie ein solches Chaos gesehen. Dort waren keine verwertbaren Küchengeräte, Bekleidungsgegenstände, und so weiter. Es war alles total verschmutzt und gesundheitsgefährdend. Unverständlich, dass die zuständigen Behörden nicht wegen Seuchengefahr, Jugendgefährdung usw. schon längst eingegriffen haben. Der Gestank in den „Wohnungen“ war auch für einen einsatzerfahrenen Beamten abartig. Ich möchte den Mitarbeiter eines Umzugsunternehmens, der sich bei dem Anblick der untragbaren Situationen übergeben musste, bitten, seine Gefühle in einem Leserbrief mitzuteilen. - Es wurde von den Teilnehmern der unangemeldeten Demonstration keiner eingekesselt. Sie wurden vom Einsatzleiter aufgefordert, nach Hause zu gehen. - Ich frage mich allerdings auch, welches Zuhause?“

Otto Pollmann, Gersteinring 50a (ein am Einsatz beteiligter Polizeibeamter) (WAZ, 09.12.1986)

Die Kaputten

Wer „bewohnte“ denn eigentlich dieses Heusnerviertel am Tage der Räumung? Es waren kaputte Mädchen und Jungen ab ca. 13 Jahren aufwärts; krank, verwahrlost und ohne erkennbare Zukunft. Sie hatten in dem Heusnerviertel kein Wohnrecht und keinen ehrlichen Partner, der Hilfe leistete. Dieses kann nicht Aufgabe der Polizei sein. - Die Räumung verursachte bei vielen Polizeibeamten auch Betroffenheit. Die meisten jungen Beamten hatten noch nie ein solches Chaos gesehen. Dort waren keine verwertbaren Küchengeräte, Bekleidungsgegenstände, und so weiter. Es war alles total verschmutzt und gesundheitsgefährdend.

Unverständlich, daß die zuständigen Behörden nicht wegen Seuchengefahr, Jugendgefährdung usw. schon längst eingegriffen haben. Der Gestank in den „Wohnungen“ war auch für einen einsatzerfahrenen Beamten abartig. Ich möchte den Mitarbeiter eines Umzugsunternehmens, der

sich bei dem Anblick der untragbaren Situation übergeben mußte, bitten, seine Gefühle in einem Leserbrief mitzuteilen. - Es wurde von den Teilnehmern der unangemeldeten Demonstration keiner eingekesselt. Sie wurden vom Einsatzleiter aufgefordert, nach Hause zu gehen. - Ich frage mich allerdings auch, welches Zuhause?

Otto Rollmann,
Gersteinring 50 a
(ein am Einsatz beteiligter
Polizeibeamter)



Bilanz – „knock out“

Das Heusnerviertel ging nur leicht lädiert in seine letzte Runde, in das Jahr 1986.

Zwar waren einige Häuser abgerissen worden, Brüllstraße 4, Kohlenstraße 98 und Wohlfahrtsstraße 92. Aber mit Ausnahme der Heusnerstraße 9 und des Trottenberg 4 hatten alle Häuser außerhalb des eigentlichen Viertels gelegen. Weitere Baumaßnahmen im Viertel selber konnten verhindert werden. Das stärkte das Selbstvertrauen, schaffte Gemeinschaft und Identität. Ebenso die Abgrenzung mit einer Barrikade. Die Eröffnung des Cafés K 14 und die Besetzung der Schule hatten wichtige Infrastrukturen und Kommunikationsorte geschaffen. Selbstverwaltung und -organisation hatten zugenommen. Gemeinsame Demonstrationserfahrungen und politische Prozesse hatten stattgefunden. Die Widerstandsformen waren vielfältig und gingen von kreativ-künstlerisch, juristisch, administrativ, bis hin zu direkten Aktionen. Zuzüge und Erfahrungen ließen aus den BewohnerInnen des Viertel ein eher subkulturell-autonomes denn alternativ-studentisches Milieu werden, das sich zum Ende des Jahres bundesweit mit ähnlichen Projekten verbündete. Das Jahr 1985 hatte gezeigt, dass die Stadt Bochum nicht bereit war den Urteilspruch zum Bebauungsplan beim Oberverwaltungsgericht abzuwarten, sondern bei der Durchsetzung des Straßenbauprojekts auf die Polizei setzte. Dem als Exklusionsstrategie der Stadt empfundenen Vorgehen wollte man mit einer Präsenz in der Öffentlichkeit, bzw. der Innenstadt, entgegenwirken. Einige BewohnerInnen versprachen sich auch Erfolge durch direkte Aktionen. Hoffnung für das Viertel wurde, wenn sie bestand, auf die Normenkontrollklage gegen den Bau der Westtangente bei Oberverwaltungsgericht Münster (OVG) gesetzt.

Die Verhinderung der Räumung zum Aschermittwoch am 12. Februar gab dem Heusnerviertel Auftrieb. Kurzzeitig schien es, als ob ihre Infrastruktur und Ressourcen, ihre Fähigkeit zur Mobilisierung und Militanz dem polizeilichen Druck Stand halten könnte. Dieses Hochgefühl machte es ihnen mit Sicherheit auch am 17. Februar möglich, so entspannt und humorvoll den obersten Repräsentanten der Stadt Bochum zum 60. Geburtstag gratulieren zu können.

Aber schon die nächtliche Ankündigungen von Räumungseinsätzen und die Enttarnung eines Spitzels standen für die kommenden Belastungen. Das Viertel erlebte Mitte März eine dreitägige polizeiliche Dauerpräsenz mit vier abgerissenen Gebäuden, massiven Zerstörungen und rechtswidrigem Vorgehen der Stadt. Das Viertel glich im Anschluss einem Trümmerfeld und erholte sich bis zum endgültigen Abriss nicht mehr davon. Die den Abrissen folgende Protest-Demonstration wurde ein weiteres mal zu einer Art des Gefangenen-Transports und bewies die Macht der Stadt, Exklusion, Verhinderung von Öffentlichkeit und Zensur durch die Polizei durchsetzen zu lassen. Die Stadt hatte dem Heusnerviertel gezeigt, dass sie sich mittels der Polizei und flankiert durch die örtliche Presse auch während eines laufenden Gerichtsverfahrens über Bürgerrechte hinwegsetzen konnte und wollte.

Obwohl das Viertel in seiner Bausubstanz und seiner Perspektive empfindlich getroffen war, gaben die BewohnerInnen nicht auf und blieben weiterhin dort wohnen. Die Entscheidung die Verantwortlichen der städtischen Baupolitik mittels direkter Aktionen zu treffen, erwies sich als unkalkulierbares Risiko. Es schien, dass die Stadt auf jede Form direkten und praktischen Widerstands, seien es Sachbeschädigungen an Baufahrzeuge oder an symbolischen Orten, mit massiven Polizeiaktionen antwortete. Dies betraf den so genannten „Vermesserüberfall“ am 21. März und den Abriss der Bahnstraße 4 am 18. Mai wegen angeblicher Seuchengefahr. Beide Male waren diesen Polizeiaktionen im Heusnerviertel militante Aktionen in der Innenstadt gegen SPD-Büros oder gegen Baufahrzeuge voran gegangen. Es schien als ob das Viertel und seine BewohnerInnen umgehend nach einer solchen Tat kollektiv und brachial dafür abgestraft werden sollten. Unter dem Ausschluss der Öffentlichkeit kam es dabei zu massiven Rechts- und auch Körperverletzungen gegenüber den BewohnerInnen des Viertels. Es ist zu vermuten, dass eine ähnliche städtische Aktion auch zu den eingeschmissenen Scheiben in der Bochumer Innenstadt am 17. April erfolgt wäre, hätte es nicht zeitgleich das einwöchige Unterstützungscamp „Durchbruch statt Abbruch“ im Heusnerviertel gegeben. So wurde die Demonstration des Heusnerviertels am 19. April ähnlich wie die beiden vorherigen Demonstrationen zu einem Wanderkessel raus aus der Innenstadt. Dem Heusnerviertel stand somit weder die klassische Protestform einer Demonstration zur Herstellung von Öffentlichkeit zur Verfügung, noch konnten Personen direkte Aktionen in Form von Sachbeschädigungen wagen, ohne das nicht drohte, dass alle BewohnerInnen des Heusnerviertels in Sippenhaft genommen und massiven kollektiven Bestrafungsaktionen seitens der Polizei ausgesetzt wurden.

Der Omnipräsenz staatlicher Gewalt in Form von Zerstörung des Lebens- und Wohnumfelds, der Zerstörung von Eigentum, des Angriffs auf Gesundheit und Leben, dem Entzug bürgerlicher Rechte, der Diffamierung und gesellschaftlichen Exklusion konnte das Heusnerviertel nichts Adäquates entgegen setzen. Die Perspektive auf Erhalt des Viertels schwand. In dieser Phase schien sich Verzweiflung und Wut von einigen BewohnerInnen auch in Gewalt gegen mehr oder weniger unbeteiligte Personen auszudrücken. Zwillenschüsse auf Fahrzeuge führten innerhalb des Viertels zu einer heftigen Diskussion über die eigenen Aktionsformen. Das Resultat war eine mehrheitlich getragene, öffentliche Positionierung gegen personifizierte Gewalt.

In dieser Zeit kam es auch zu internen Diskussionen und teils zu Zerwürfnissen. Ob der Auslöser der externen Druck und/oder die eigenen Strukturen und Entwicklungen waren, ist unklar. Machtstrukturen und männlich dominantes Verhalten standen auf der Tagesordnung und eine Diskussion wurde durch ein Papier von drei Frauen eingefordert.

Das nahende Ende des Heusnerviertel vor Augen, begann ab Mitte des Jahres eine Diskussion über eine politische und soziale Perspektive jenseits des Heusnerviertels. Dass die Stadt der BewohnerInnen in der Problematik um Ersatzwohnraum nicht entgegenkam, verbesserte die Situation der BewohnerInnen nicht. Die Moral im Viertel sank soweit auf den Tiefpunkt, dass Überlegungen aufkamen lieber das Viertel kollektiv zu verlassen, als auf seine Zerschlagung zu warten.

Die juristischen Schritte des Anwalts Czapracki gewährten den BewohnerInnen noch eine Verschiebung der Räumungstermine und eine Schonzeit, die im November endgültig ablief. Ab dem 20. November wurden die letzten 11 Häuser geräumt, die BesetzerInnen verhaftet und die Gebäude abgerissen. Die anberaumte Demonstration war die vierte in Folge, die die Polizei zu einem Kessel umfunktionierte. Es kam zu massiven Übergriffen, die nur dadurch öffentlich wurden, dass sich PassantInnen zu dem Vorgehen äußerten. Die LokalreporterInnen berichteten darüber nicht. Die Verhaftung und erkennungsdienstliche Behandlung des Rechtsanwalts Czapracki wirkte wie eine Bestrafung für seine anwaltliche Tätigkeit für das Heusnerviertel und Drohung an den kritischen Juristen. Die nächtlichen Revanche-Aktionen von SympthisantInnen des Heusnerviertels erhielten angesichts der Ereignisse einen rein symbolischen Charakter.



Die zwei Räumungen der anschließenden Hausbesetzungen zeigten auf, dass die Stadt Bochum nicht gewillt war ein derart widerspenstiges Milieu in städtischen Räumen zu dulden. Und mit der Abmahnung des Intendanten Steckel machten die Stadtoberen klar, dass sie keinen Widerspruch in der Bochumer Lokal- und Kulturpolitik duldeten. Die tonangebende Partei der Sozialdemokraten in der Stadt Bochum erwies sich als unnachgiebig, hart und brutal. Dass die SPD-geführte Stadt zeitgleich im großen wie im kleinen Rahmen rechtswidrig handelte offenbarte ihre Arroganz der Macht.

Eine Bilanz zum Heusnerviertel

Letztendlich konnte sich das Heusnerviertel gegen einen solchen Gegner nicht durchsetzen. Egal zu welchen Mitteln die BewohnerInnen auch gegriffen hätten, sie standen auf verlorenen Posten. Nicht nur wegen ihren Gegnern, sondern auch wegen der mangelnden Solidarität.

Als ein Ausdruck radikaler Opposition gegen unsoziale und ökologiefreundliche Sanierungs- und Stadtplanungspolitik war das Heusnerviertel den sich etablierenden Grünen eine Zeit lang genehm gewesen. Ab Mitte 1986 schien es den Grünen lohnender sich von dem Heusnerviertel zu distanzieren, als weiterhin sich dafür einzusetzen. Es ist zu vermuten, dass dies Verhalten synonym für einen großen Bereich des ehemaligen alternativen Milieus galt.

Man könnte das Heusnerviertel als ein Gemisch aus der vorausgegangenen Jugend-Revolte von 1981 und den auslaufenden Erscheinungsformen radikal linker und ökologischer kommunalpolitischer Ansätze bezeichnen. Ein radikal-demokratischer Ansatz, der mit der zunehmenden Etablierung und Institutionalisierung der Bürgerbewegungen Anfang, Mitte der `80er Jahre keine Chance mehr hatte und (sich) verlor.

Seine Entstehung verdankt das Heusnerviertel einer Gelegenheitsstruktur. Der speziellen Vermietungspolitik in einer baurechtlich und finanziell unübersichtlichen Phase eines Großobjekts

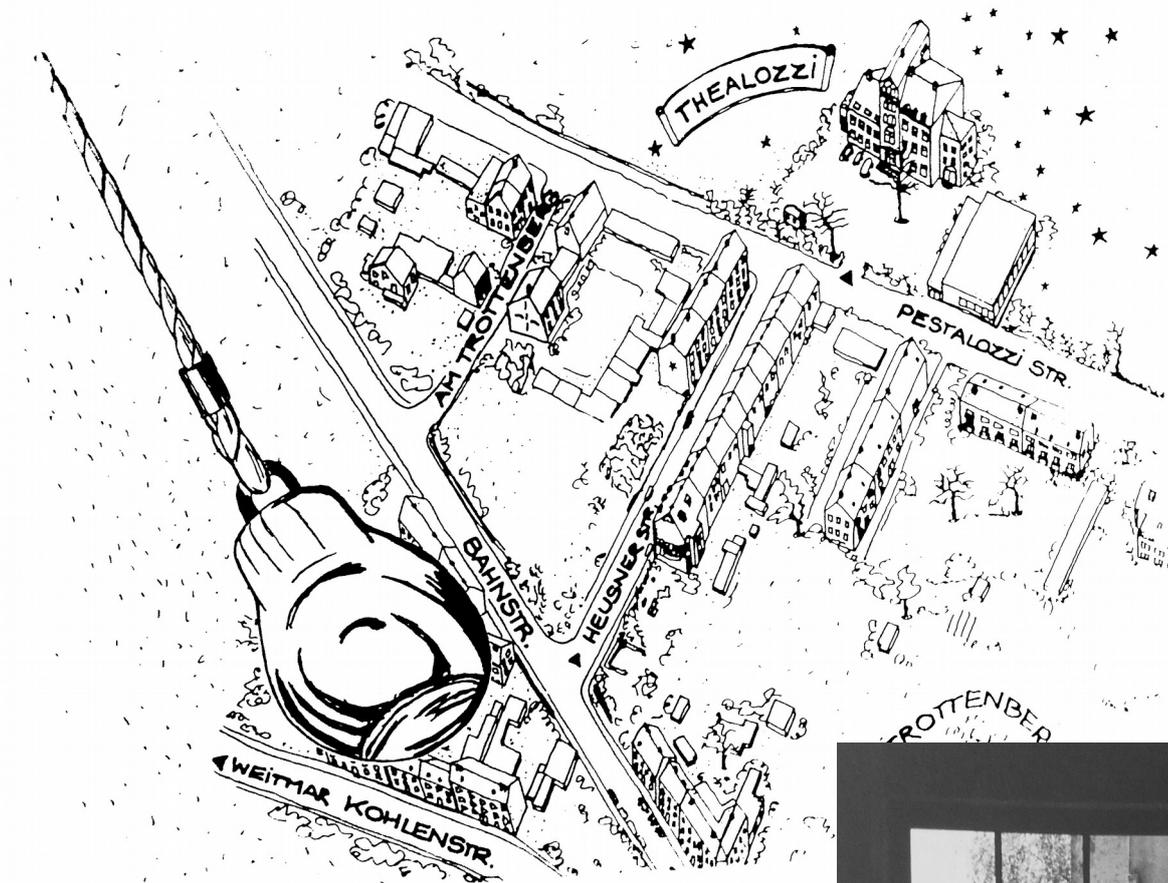
der Stadt Bochum. Gedacht waren die Vermietungen in dem Stadtteil als Instrument gegen die BesetzerInnen-Bewegung von 1981. Das Ergebnis war ein Stadtteil, der als Heusnerviertel eine eigene Identität entwickelte und als Appendix der BesetzerInnenbewegung bis 1986, fünf Jahre länger als in jeder anderen Ruhrgebietsstadt, existierte. Mit seinen fast zwanzig besetzten Häusern, ca. 150 BesetzerInnen und seiner großen Fläche zählte das Heusnerviertel zu den großen BesetzerInnen-Projekten der `80er Jahre. Und in ihrer Resilienz, Renitenz und Resistenz kamen die BewohnerInnen des Heusnerviertels den BesetzerInnen der bekannten Hamburger Hafenstraße gleich.

In den Jahren 1981 bis 1984 hätte sich an vielen Stellen die Situation zwischen Alt- und NeumieterInnen, zwischen Rockern und ViertelbewohnerInnen anders und gegeneinander entwickeln können. Statt eines Gegeneinander entstand bei einem Großteil der BewohnerInnen ein Miteinander und im Stadtteil ein erhaltenswerter Wohn- und Lebensbereich. Für viele der seit 1984 eintretenden gemeinschaftsbildenden Solidarisierungseffekte und Radikalisierungsprozesse war die Stadt Bochum vermutlich selbst verantwortlich. Ihr unnachgiebiges und rücksichtsloses Verhalten, gepaart mit polizeistaatlichem Vorgehen, stieß auf wenig Gegenliebe. Neuzuzüge erklärt politischer AktivistInnen und Subkulturen verwandelten den Stadtteil von einer eher studentisch-alternativen in eine eher subkulturell-autonome Enklave. Eine Enklave, die vielen ihrer Mitglieder Möglichkeiten und Freiheiten bot, die sie andernorts nicht hatten. Die Hochzeit des Heusnerviertels als stark selbstverwalteter Bereich bestand von Anfang 1985 bis Anfang 1986, als sich über viele Prozesse eigene Infrastrukturen herausbildeten, festigten und ein starkes Gemeinschaftsgefühl entstand. Trotz ihres starken Zusammenhalts und Unerschrockenheit konnten die BewohnerInnen der städtischen Politik nicht standhalten und wurden schließlich geräumt.



Weitmar/Heusnerviertel

- damals und heute -





Republik »Heusnerviertel« gegründet

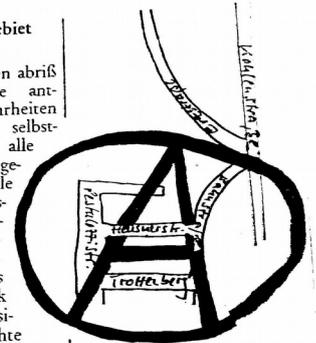
1. staatsfreies Gebiet in Bochum

Der rat hat unseren abriß beschlossen. unsere antwort: folgende wahrheiten erachten wir als selbstverständlich: daß alle menschen gleich geschaffen sind, daß alle menschen mit gewissen unveräußerlichen rechten ausgestattet sind, wozu leben, freiheit und das streben nach glück gehören, daß zur sicherung dieser rechte regierungen unter den menschen eingesetzt werden, die ihre rechtmäßige macht aus der zustimmung der regierten herleiten, und wann immer eine regierungsform sich als diesen zielen abträglich erweist, es recht des volkes ist, diese abzuschaffen, daher tun wir, die in einem gemeinsamen rat versammelten bewohner des Heusnerviertels feierlich

kund und zu wissen, daß dieses viertel nunmehr staatsfreies, selbstverwaltetes gebiet ist.

Der Bewohnerrat, Bismarckstraße, Koblenstraße, Heusnerstraße, Pestalozzistraße und Am Trottenberg.

Bochum, den 22.2.1984, verlesen im rat der stadt. Jetzt oder nie! Stoppt die westtangente!



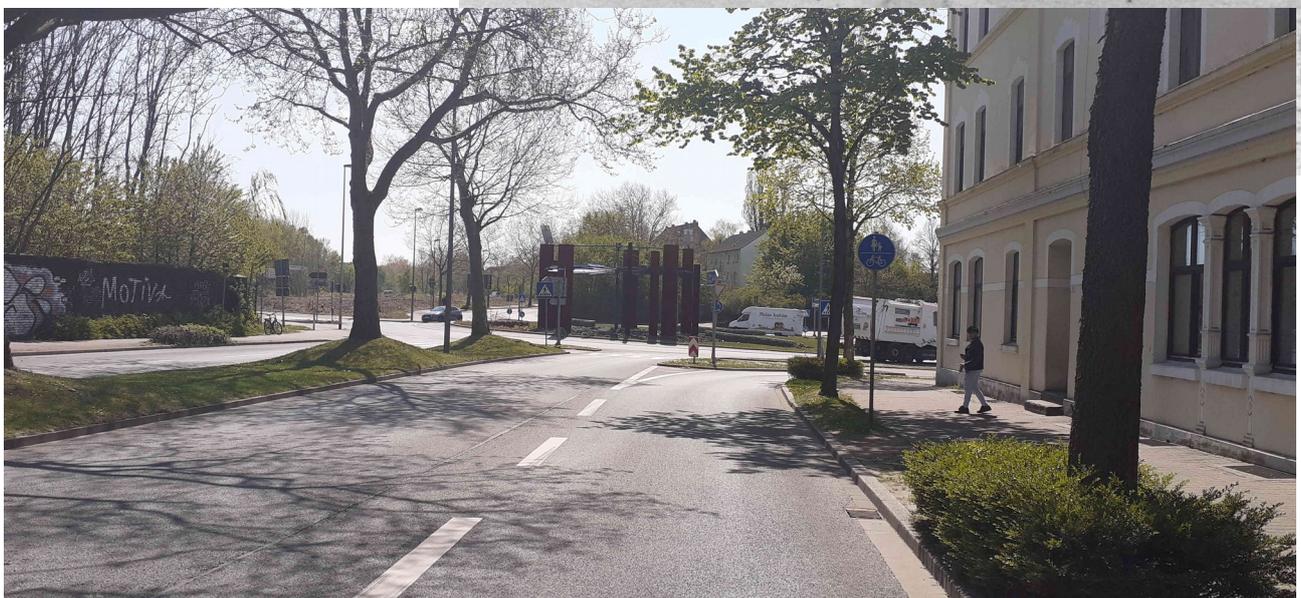
WAZ; 26.01.1984



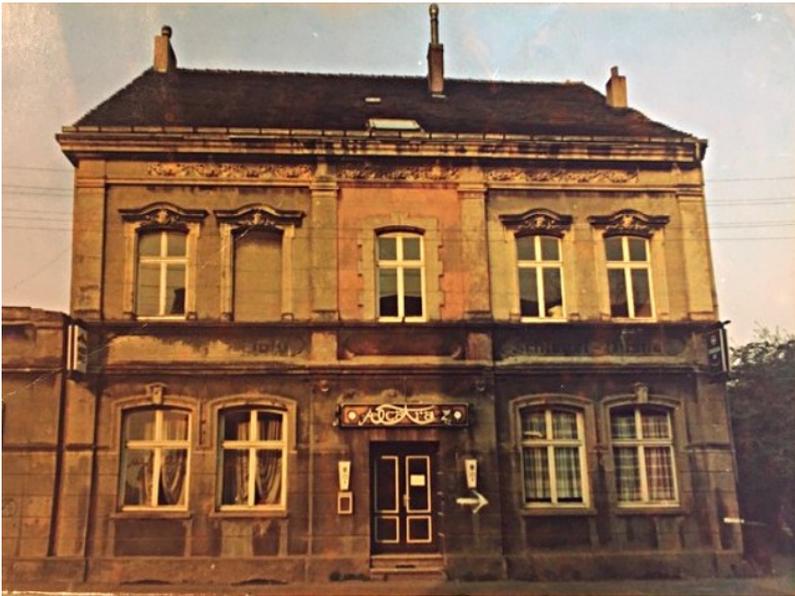
„ZAUNGÄSTE“ WÄHREND DER ETATBERATUNGEN des Haupt- und Finanzausschusses waren für einige Minuten Bewohner aus dem Abrißviertel „Heusnerstraße“. Sie forderten Informationen über den Planungsstand „Weiterbau Westtangente“. Dem Straßenbau wird, wie berichtet, eine Reihe von Häusern und Grundstücken geopfert. Die Stadtverwaltung will dem Informationsmangel abhelfen.

Foto: Hartmut Beifuß

Die Kohlenstraße 1985 - 2021



Die Kohlenstraße 1985 – 2021 - das Alcatraz -



Bochum Stahlhausen Heusnerviertel D, NRW, Bochum, nahe Kohlenstr. Heusnerviertel (Abgerissen) (1982)
Bild 42 von 58

CLOSE X



Die Bahnstraße







Die Erzstraße



1985



2021





1985

2021



Der Kiosk



1985



2021

Der offene Tresen

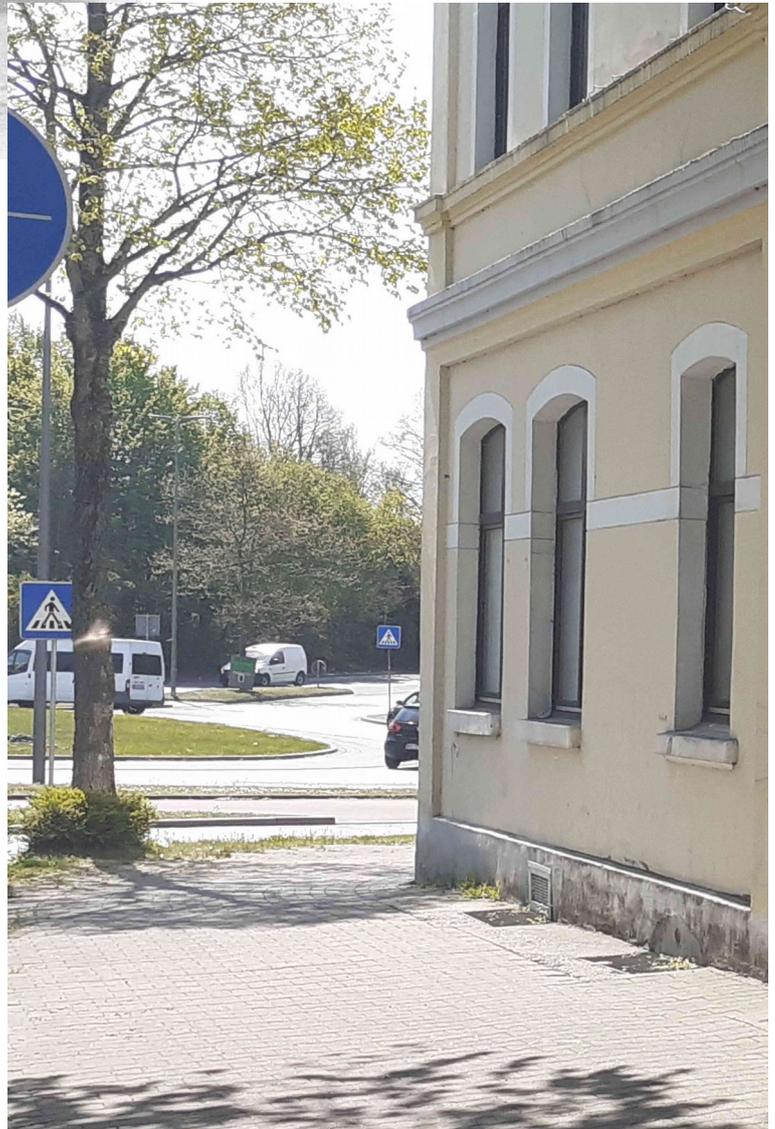


damals



heute





Kohlenstraße – der Laden



Die Heusnerstraße





Leben auf der Heusnerstraße



Straßenfeste





Am Trottenberg



Pestalozzistraße



WAZ, 12.07.1986



Die Grube der Westtangentialtrasse hat vor den Resten des Heusnerviertels halt gemacht. Vor den Häusern fällt das Gelände steil ab, ein Bauzaun sichert das Terrain am Trassentrog, in dem Bagger und Bauarbeiter die Vorarbeiten für die Asphaltierung leisten.
waz-Bild: Eberhard Kickartz

Pestalozzischule



Turnhalle



TheaLozzi



Gärten





ABGERISSEN WIRD VON UNS

HÄNDE
WEG

VOM

HEUSNER-
VIERTEL!

IN
BOCHUM

JEDER STEIN DER

ZURÜCKGESEHAFFEN WIRD !!